schen Parteien nur zum allergeringsten Teil für eigene Zwecke benutzt bzw. gelagert, der Großteil davon landet in einem ausgedehnten Waffenhandel und -schmuggel am pakistanischen Markt.

Man darf allerdings nicht vergessen, daß in Afghanistan auch Gruppierungen existieren, welche die islamischen Parteien verurteilen und für die Befreiung des Landes unter Einsatz ihres Lebens kämpfen. Diese Gruppen haben jedoch kaum Kontakte untereinander und werden zudem kaum von außerhalb des Landes unterstützt. Durch ihre isolierte Position sind ihre Erfolge nur gering, ihre Aktionen sind nur auf die jeweilige Situation bezogen und können unter diesen Umständen kaum in den Rahmen größerer, auf die Zukunft gerichteter Perspektiven eingebunden werden. Sie sind der Hauptangriffspunkt und ständige Zielscheibe sowohl der russischen Okkupanten und ihrer Lakaien als auch der "islamischen" Exilparteien.

Während meines Aufenthalts in Peshawar konnte ich mit einigen Mujaheddin von verschiedenen Fronten sprechen, die mir folgendes berichteten: Neuerdings verstärken die islamischen Parteien ihre Anstrengungen, von den russischen Sozialimperialisten befreite Gebiete im Land, die nicht unter der Kontrolle der reaktionären islamischen Parteien stehen, zum Beispiel die Majdan oder die Hazarajat-Front unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Hzbi Islami haben die Front von Majdan mit 2000 Mann eingekreist und angegriffen. Nach vier Tagen Kampf haben sie dieses Gebiet besetzt und bei dieser verbrecherischen Aktion 300 Widerstandskämpfer umgebracht. Natürlich verfügten sie über bessere Waffen und stetigen Nachschub aus Pakistan.

Diese Vorgehensweise der islamischen Parteien ist für die russischen Sozialimperialisten von Vorteil, denn der Kampf gegen sie wird geschwächt, wenn die Widerstandskämpfer gezwungen sind, ihre Fronten zugleich auch gegen die Angriffe der reaktionären Parteien zu verteidigen.

Die verräterischen Maßnahmen und Aktionen der Exilparteien bewirken aber auch, daß ihr Ansehen in der Bevölkerung weiter untergraben wird. Mit ihren schändlichen Taten zeigen sie immer deutlicher, daß sie nicht nur nicht am wirklichen Befreiungskampf der Völker Afghanistans teilnehmen, sondern sogar den Widerstand schwächen, sabotieren und zu ihren reaktionären Zwecken mißbrauchen.

Es ist die notwendige Aufgabe eines jeden Antiimperialisten, die Vorgehensweisen dieser reaktionären Parteien an die Öffentlichkeit zu bringen und zu verurteilen. Hierin sind auch die imperialistischen Länder einzubeziehen, darunter auch Österreich, die demagogisch von sich behaupten, auf der Seite der Völker Afghanistans zu stehen, aber nur danach trachten, größtmöglichen politischen Nutzen im Sinne ihrer eigenen imperialistischen Zielsetzungen aus ihrer Einmischung zu ziehen. Diesem Ziel dient auch das "Österreichische Hilfskomitee für Afghanistan".



Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ)
Medieninhaber, Verleger und Hersteller: Franz S t r o b l
Alle, sowie Adresse der Redaktion: 1150 Wien, Goldschlagstraße 56
Verlags- und Herstellungsort: Wien

P.b.b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 213 3. Ausgabe 1984 Preis S 14.-

Zur Bilanz von 20 Jahren »Rote Fahne«

Rede des Sekretärs des ZK der MLPÖ am Vorabend des 1.Mai 1984

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die heutige Veranstaltung, zu der ich alle Erschienenen namens der Redaktion der "Roten Fahne", aber auch namens des Zentralkomitees der MLPÖ herzlich begrüßen möchte, dabei insbesondere auch Vertreter unserer westdeutschen und westberliner Bruderorganisationen "Gegen die Strömung" und "Westberliner Kommunist", sowie unsere Gäste aus antiimperialistischen Organisationen von in Österreich lebenden ausländischen Arbeitern und Studenten - diese Veranstaltung haben wir in der Einladung ganz bewußt und ausdrücklich als Diskussionsveranstaltung zum Thema "2o Jahre Rote Fahne" bezeichnet. Wir wollen damit gleich von vornherein feststellen, daß das Schwergewicht, der Hauptinhalt unserer Zusammenkunft bei der Diskussion, bei den Beiträgen aus dem Forum selbst, nicht aber bei einem langen Referat von mir oder sonstwem liegen soll. Ich habe lediglich die

Aus dem Inhalt:

Aufgabe, die Diskussion einzuleiten und anzuregen.

Schon daraus wird klar, daß ich keinen geschichtlichen Überblick über 20 Jahre Rote Fahne, die zugleich auch 17 Jahre MLPÖ umfassen, geben kann. Abgesehen von der Redezeit wäre das aber auch schon deshalb unmöglich, weil wir mit der kritischen Aufarbeitung und Durchleuchtung der Geschichte dieser 2o Jahre eben erst begonnen haben, buchstäblich die ersten Schritte auf diesem Gebiet machen.

Wir hatten ursprünglich die Hoffnung, zur heutigen Veranstaltung schon einen ersten Entwurf für eine Skizze der Geschichte der "Roten Fahne" von 1963 bis 1983 mitbringen und zur Diskussion stellen zu können. Doch die Arbeit daran hat sich als weit komplizierter und langwieriger erwiesen, als es zunächst schien. Da es uns nicht darauf ankommt, eine bloße kritiklose Darstellung zeitlicher Abläufe und unbewerteter Fakten zu geben, sondern darauf, mit Hilfe gründlicher, schonungsloser kritischer und selbstkritischer Überprüfung der entscheidenden positiven und negativen Erfahrungen der verflossenen zwei Jahrzehnte Werkzeuge und Waffen dafür zu gewinnen, unseren Aufgaben und Verpflichtungen im schon begonnenen dritten Jahrzehnt besser gerecht zu werden, ist selbst die Erstellung einer vorläufigen Skizze der Geschichte dieser 2o Jahre eine sehr verantwortungsvolle, bedeutungsschwere und daher sehr arbeitsintensive Sache. Zu ihrer Bewältigung muß man nicht nur die veröffentlichten Dokumente und Materialien sammeln und analysieren, sondern bedarf es des gewissenhaften Studiums auch von Sitzungsprotokollen, interner Berichte, der Entwürfe von Dokumenten, des überaus umfangreichen Briefwechsels usw., was dadurch erschwert ist, daß große Teile dieser dokumentarischen Unterlagen aus Gründen revolutionärer Wachsamkeit von uns selbst vernichtet wurden und das persönliche Erinnerungsvermögen einzelner Genossen nur sehr bedingt verwertbar ist. Mit anderen Worten: die Erstellung selbst eines ersten Entwurfes, einer ersten Skizze der Geschichte dieser 20 Jahre wird noch sehr viel Arbeit erfordern und somit noch längere Zeit auf sich warten lassen.

Und dennoch kommen wir nicht mit leeren Händen zur heutigen Veranstaltung, sondern mit einer wichtigen Errungenschaft. Ich meine den Sammelband "Im Kampf für den Aufbau der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (Band I)", der die wichtigsten "DOKUMENTE DES KAMPFES GEGEN DEN KPÖ-REVISIONISMUS", 1963 bis 1971, zusammenfaßt, und den wir hier und heute erstmalig vorstellen. Da wir uns nicht damit begnügt haben, einfach das Thema betreffende Artikel aus der "Roten Fahne" oder aus anderen unserer Publikationen nachzudrucken, sondern dem Band ein ziemlich ausführliches selbstkritisches Vorwort voranstellen (das in seinem Hauptteil übrigens auch in der vorliegenden neuen Nummer der "Roten Fahne" - Nr.211 - enthalten ist), zusätzlich aber auch abschnittsweise eine Reihe kritischer Kommentare eingefügt haben, stellt der Sammelband I unserer Meinung nach bereits einen wichtigen Beitrag zur kritischen Aufarbeitung der Geschichte der "Roten Fahne" und der MLPÖ in ihrem ersten Entwicklungsabschnitt dar, ist sein Erscheinen für uns ein großes freudiges Ereignis. Ich möchte allen Genossinnen und Genossen, die das Erscheinen dieses Buches durch hohen persönlichen Einsatz, nicht zuletzt auch durch große finanzielle Opfer ermöglicht haben, den aufrichtigsten revolutionären Dank aussprechen, allen Anwesenden aber möchte ich dringend empfehlen, sich dieses wichtige Buch zu besorgen, es kritisch durchzuarbeiten und uns womöglich recht ausführlich ihre Meinung, ihre Kritiken oder Bemerkungen zu übermitteln.

Das Erscheinen des Sammelbandes I ist ein umso höher zu wertendes Ereignis, als es unter den in den Sechzigerjahren entstandenen antirevisionistischen Gruppen, Organisationen und Parteien unseres Wissens keine einzige gibt, die bisher eine Dokumentation dieser Art zustandegebracht hätte, erst recht keine einzige, die an die selbstkritische Analyse ihrer Geschichte mit solcher Bestimmtheit, solcher Offenheit und solchem Verantwortungsbewußtsein gegenüber der eigenen Arbeiterklasse und gegenüber der revolutionären Weltbewegung überhaupt herangegangen wäre.

I.

Wie der Sammelband überzeugend beweist, sind 2o Jahre "Rote Fahne" vor allem 2o Jahre eines Kampfes auf Leben und Tod gegen den modernen Revisionismus, dieses alles zersetzende Gift aus den ideologischen und materiellen Arsenalen der Bourgeoisie, gegen ein Gift, das nicht nur die ehemals wirklich kommunistische KPÖ in einen stinkenden Leichnam verwandelt hat, sondern die ganze kommunistische Weltbewegung, die noch vor 3o, 35 Jahren eine wahrhaft weltbewegende Kraft war, so weit zerstört hat, daß ihre Neuformierung sehr lange Zeit und gewaltige Anstrengungen erfordern wird.

Wir hatten - und haben! - diesen Kampf gegen den modernen Revisionismus, dessen Verlauf für unsere Existenz oder Nichtexistenz als revolutionäre Kraft entscheidend ist, auf den verschiedensten Ebenen, ja praktisch auf allen Gebieten zu führen. Das aber macht noch garnicht die ganze Größe des Problems aus. Viel größer noch wird es dadurch, daß wir in diesem Kampf keineswegs einfach nur einem außerhalb unserer Gemeinschaft stehenden Feind gegenüberstehen, sondern ihn auch innerhalb unserer eigenen Reihen zu führen haben, insbesondere auch in unseren eigenen Köpfen !

Vielleicht ist es mir hier gestattet, etwas Persönliches zu sagen, um diesen Sachverhalt zu verdeutlichen: Obwohl ich selbst schon im Jahre 1938 zum Kommunistischen Jugendverband kam, konnte ich mit einer regelmäßigen Arbeit als Kommunist erst im Jahre 1945 beginnen, zu einer Zeit also, als die KPÖ bereits eine im wesentlichen revisionistische Linie angenommen hatte und immer eindeutiger zu befolgen begann. Viele Jahre hindurch habe ich diese sich mir als marxistisch-leninistisch vorstellende und von mir als solche auch akzeptierte Linie und Politik in Wort und Schrift verteidigt. Auch als wir schon jahrelang mit der "Roten Fahne" arbeiteten, war mir und den anderen Genossen noch bei weitem nicht klar, wie tief die Linie und ganze Politik der KPÖ schon seit 1945 vom Revisionismus zerfressen war und wie umfangreiche Komplexe revisionistischer Ideologie wir aus der KPÖ als Erbe mitnahmen. Das heißt, daß ich meine Arbeit im "Rote-Fahne"-Kollektiv unter Bedingungen begann, als ich selbst zwangsläufig noch mit sehr großen Überresten revisionistischer Vorstellungen und Einstellungen, Methoden und Gewohnheiten belastet war. Erst die kollektive Arbeit mit der "Roten Fahne" wurde zum entscheidenden Prozeß der schrittweisen, wenn auch durchaus nicht rückfallsfreien Befreiung von diesem negativen Erbe.

Den anderen Genossen ging es ähnlich wie mir, manche schleppten noch viel mehr revisionistischen Ballast mit sich,

der umso gefährlicher war, als er eben noch nicht oder nur teilweise als revisionistisch erkannt war. Wieder andere erwiesen sich überhaupt nicht imstande, sich aus den eingefahrenen revisionistischen Geleisen zu lösen und so mußten sich unsere Wege früher oder später zwangsläufig trennen, auch wenn dabei vielleicht eine alte persönliche Freundschaft zerbrach, oder man Genossen Adieu sagen mußte, die zeitweilig sehr verdienstvoll gearbeitet bzw. für die "Rote Fahne" auch große persönliche Opfer gebracht hatten.

Erst wenn man diese komplizierte und widerspruchsvolle Situation berücksichtigt - die übrigens keinesfalls abnormal ist, sondern zwangsläufig und typisch - wird verständlich, wieso der Kampf gegen den modernen Revisionismus, zuerst gegen den der KPÖ und ihrer Meister Chruschtschow, Breshnew und Co, sowie gegen den ihrer eurorevisionistischen Konkurrenten, später gegen den "3-Welten"-Revisionismus der Deng-Hsiao-pingler, inzwischen aber auch gegen den Revisionismus der Gruppe Enver Hoxha und Ramiz Alia in Albanien, praktisch in allen Fällen auch ein innerer Kampf war, ein Kampf gegen entsprechende Strömungen und Tendenzen, manchmal auch Gruppen und Fraktionen in den eigenen Reihen, sodaß sich diese 2o Jahre geradezu als eine Kette von inneren Auseinandersetzungen, als Folge von Kämpfen gegen Abweichungen auch im eigenen Bereich darstellen.

Es gibt Menschen, die eine solche Situation, eine solche Atmosphäre, für äußerst bedauerlich halten und sie gerne beseitigen möchten. Wie schön wäre es doch, wie zahlreich könnten wir vielleicht schon sein, wenn wir nicht so "streitsüchtig" und "rechthaberisch" wären, sondern tolerant und konziliant, wo wir doch ohnedies alle dasselbe wollen?!

Wir sind mit solchen Toleranzpredigten und Einigungsappellen überhaupt nicht einverstanden. Erstens bestreiten wir schon energisch, daß ohnedies immer alle dasselbe wollen. Dabei rede ich hier garnicht von üblen Elementen, von Abenteurern, Karrieristen und prinzipienlosen Geschäftemachern, von denen wir nicht verschont geblieben sind und die wir vor die Tür setzten, sobald wir sie durchschaut hatten. Das Hauptproblem bilden nicht sie, sondern jene durchaus aufrichtigen Menschen, die mit den ehrlichsten Absichten und in fester Überzeugung, damit der Arbeiterbewegung zu dienen, innerhalb unserer Reihen Theorien und Praktiken propagierten oder an uns herantrugen, die scheinbar dem "gesunden Hausverstand" entsprachen, in Wirklichkeit aber dem Marxismus-Leninismus zutiefst feindlich sind, opportunistische, reformistische bzw. revisionistische Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie sind, die in unserer Gesellschaftsordnung auch dem sogenannten "gesunden Hausverstand" unvermeidlich ihren Stempel aufdrückt.

Sogar dort und dann, wenn man sich über die Ziele tatsächlich einig ist, wird es über die einzuschlagenden Wege zu diesen Zielen unvermeidlich auch Differenzen geben, von deren prinzipienfester Austragung die Erreichbarkeit und Verwirklichung der Ziele abhängt. Somit ist ein unaufhörlicher ideologischer Kampf nicht nur berechtigt, sondern absolut unerläßlich, gibt es keinen Weg ohne einen unausgesetzten Prozeß kämpferischer Kritik und Selbstkritik, kein Umgehen auch heftiger Polemiken, die sich bis zu schärfsten Richtungskämpfen steigern können, wenn man den gesteckten Zielen wirklich näherkommen will.

Der ununterbrochene ideologische

GRUSSADRESSE DES WESTBERLINER KOMMUNIST ZUM 20. JAHRESTAG DER "ROTEN FAHNE"

Als wir vor einiger Zeit erfuhren, daß die "Rote Fahne" den 20.Jahrestags ihres Bestehens zum Anlaß nehmen will, die wichtigsten Artikel und Dokumente aus den ersten zehn Jahren wieder aufzulegen, hat dieses Vorhaben sofort unsere begeisterte Zustimmung gefunden. Der nun vorliegende Band "Dokumente des Kampfes gegen den KPÖ-Revisionismus 1963-1971" bietet uns die äußerst nützliche Gelegenheit, die Auseinandersetzung der Gründer der MLPÖ mit den österreichischen Parteigängern Chruschtschows zusammenhängend in ihren verschiedenen Entwicklungsphasen und in ihrer ganzen Vielfältigkeit zu studieren.

Die Redaktion der "Roten Fahne" hat die dort veröffentlichten Dokumente kritisch unter die Lupe genommen und im Vorwort und in zahlreichen Anmerkungen die prinzipiellen wie taktischen Fehler herausgearbeitet, die im Kampf gegen den KPÖ-Revisionismus begangen wurden. Diese selbstkritische Herangehensweise an die eigene Geschichte ist für Marxisten-Leninisten ebenso unbedingte Pflicht gegenüber der revolutionären Öffentlichkeit wie unentbehrlich, um solche Fehler in der Zukunft zu vermeiden. Mit der konkreten Analyse der eigenen Fehler, die in vielen Fällen auf dem Wesen nach gleiche Fehler und Schwächen des internationalen antirevisionistischen Kampfes verweist, leistet die "Rote Fahne" auch einen wertvollen Beitrag zur gemeinsamen Arbeit mit den zwei anderen Redaktionen GDS und WBK, die ideologischen Grundlagen der "Großen Polemik" gegen den Chruschtschow-Revisionismus kritisch zu überprüfen und deren Fehler und Halbheiten im Kampf für die Schaffung einer prinzipientreuen Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung zu überwinden.

Doch wenn wir auf die Bedeutung der prinzipiell notwendigen Selbstkritik der "Roten Fahne" verweisen, die im einzelnen in unseren Reihen noch gründlich diskutiert werden muß, so ist schon bei einem ersten Studium offenkundig, welchen p o s i t i v e n Erfahrungsschatz die "Rote Fahne" bietet. Gerade wir als vergleichsweise junge Organisation können aus der hautnahen Auseinandersetzung mit den "originalen" Revisionisten vieles lernen, worüber uns unmittelbare eigene Erfahrungen - schon aus Mangel an Lebensjahren - doch weitgehend fehlen.

Insbesondere hat uns beim Studium des Sammelbandes die Vielseitigkeit und plastische Anschaulichkeit des Kampfes der "Roten Fahne" beeindruckt. Neben der Polemik um die großen prinzipiellen Fragen, um die Verteidigung der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin gegen die revisionistischen Spekulationen mit den "neuen Bedingungen", stellt die "Rote Fahne" auch die üblen Tricks und Machenschaften, die opportunistischen Methoden der KPÖ-Revisionisten, mit denen sie die antirevisionistischen Kämpfer auszuboten versuchten, gründlich und treffsicher bloß. Es ist eines der Markenzeichen der "Roten Fahne", daß sie auch in der Zurückweisung schmutzigster Intrigen und lügenhafter Verleumdungen gegen ihre Herausgeber immer den souveränen Stil ihrer Polemik gewahrt hat, und sich so die revisionistischen Intriganten selbst bis auf die Knochen blamierten. Es ist nicht zuletzt die Lebendigkeit und die typisch kraftvolle Ironie der Polemik, die uns beim Studium des Sammelbandes gefesselt haben, da man sich bei der Lektüre manches Artikels regelrecht in die damalige Situation zurückversetzt fühlte.

Die zwanzigjährige Geschichte der "Roten Fahne" ist für uns heute eine noch längst nicht genügend ausgeschöpfte Quelle der Erfahrungen und auch des Ansporns. In diesem Sinne werden wir die gründliche Diskussion des Sammelbandes in unseren Reihen fortsetzen und Euch das Ergebnis zukommen lassen.

Mit brüderlichen Kampfesgrüßen!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Kampf nicht nur nach außen, sondern auch nach innen, die manchem Beobachter übertrieben scheinende Anwendung und Betonung von Kritik und Selbstkritik, die offensichtliche Neigung zur Polemik - alles das ist somit keineswegs ein bedauerlicher Störfaktor, der unser Wachstum behindert, sondern das ist ein unverzichtbares Lebensgesetz für jede Organisation, für jedes revolutionäre Organ, für jeden Menschen, der sich wirklich am Marxismus-Leninismus orientiert und ernsthaft für den Aufbau einer Partei kämpfen will, welche die Massen zur proletarischen Revolution zu führen und deren Errungenschaften erfolgreich auszubauen vermag.

Auch in dieser Hinsicht sind uns unsere Klassiker, Marx, Engels, Lenin und Stalin, Leitbilder und Vorbilder, über deren "Unduldsamkeit" gegen von ihnen als falsch erkannte Standpunkte, angebliche "Streitsucht" usw. eine ganze Meute bürgerlicher Gelehrter und sozialer Pfaffen von Anfang an die Nase rümpfte.

Wenn es diesbezüglich an der 2o-jährigen Geschichte der "Roten Fahne" eine Kritik gibt, so gewiß nicht die, daß sie zu kritisch, zuwenig tolerant, ideologisch zu unduldsam und zu polemisch gewesen sei, sondern umgekehrt, daß sie manche gefährliche Abweichung, nicht wenige Rudimente revisionistischer und opportunistischer Auffassungen und Gewohnheiten in den eigenen Reihen zu lange tolerierte, ihnen oft mit einem unzulässigen Liberalismus begegnete und dann, wenn der Kampf dagegen schon ganz unvermeidlich geworden war, diesen nicht konsequent genug, oft nur verdeckt und indirekt, nicht mit der erforderlichen Offenheit und Öffentlichkeit führte, die Auseinandersetzungen oft überhaupt nicht aus den Redaktionsräumen hinausdringen ließ, was eine gründliche Lösung der Differenzen sehr erschwerte, die Beibehaltung oder das baldige Wiederauftauchen alter Fehler und Schwächen begünstigte.

So ist eine der wichtigsten Schlußfolgerungen aus der bisherigen Geschichte der "Roten Fahne", daß wir noch mehr als bisher beherzigen müssen, was Lenin in "Was tun?" so nachdrücklich hervorgehoben hat:

> In einer Zeit und unter Umständen, da "sich unsere Partei eben erst herausbildet, erst ihr eigenes Gesicht herausarbeitet und die Auseinandersetzung mit den anderen Richtungen des revolutionären Denkens, die die Bewegung vom richtigen Weg abzulenken drohen, noch lange nicht abgeschlossen ist ... kann ein auf den ersten Blick 'belangloser' Fehler die traurigsten Folgen haben, und nur Kurzsichtige können die fraktionellen Streitigkeiten und das strenge Auseinanderhalten von Schattierungen für unzeitgemäß und überflüssig halten. Von der Konsolidierung dieser oder jener 'Schattierung' kann die Zukunft der russischen Sozialdemokratie für viele, viele Jahre abhängen." (LW 5, S.380)

II

Greifen wir aus der vielschichtigen, mit einer Fülle von erkannten und unerkannten Problemen, beantworteten und nicht beantworteten Fragen durchzogenen Geschichte unserer "Roten Fahne" ganz willkürlich einen anderen Komplex heraus, die Frage des außerordentlich großen Gewichts der internationalen Beziehungen und Verbindungen der "Roten Fahne" im allgemeinen und der unverkennbar prägenden Rolle im besonderen, welche die KP Chinas unter Leitung Maotsetungs, sowie die PdA Albaniens bis zu deren 7. Parteitag in unserer Geschichte spielten.

Zweifellos hat der Einfluß, das Vorbild und Beispiel vor allem dieser beiden Parteien das Gesicht der "Roten Fahne" und dann auch der MLPÖ entscheidend mitgeformt und ziehen sich ihre Spuren durch ihre gesamte Geschichte. Nicht immer war das ein positiver Einfluß, sondern er ist auch für etliche Schwächen und Fehler in diesen 2o Jahren mitverantwortlich. Die Hauptverantwortung allerdings tragen wir selbst, denn niemand hat uns gezwungen, etwas zu übernehmen, womit wir nicht einverstanden waren. Trotz aller bitteren Erfahrungen, daß man auch den angesehensten und verdienstvollsten Parteien der kommunistischen Weltbewegung nicht kritiklos, nicht wie ein gläubiger Eleve dem als unfehlbar betrachteten Lehrmeister gegenübertreten darf, brauchten wir sehr lange, auch zu diesen erfahrenen, erfolgreichen und damals unbestreitbar an der Spitze des weltweiten Kampfes gegen den modernen Revisionismus stehenden Parteien ein marxistisch-leninistisches, nämlich brüderliche Kritik einschließendes Verhältnis zu gewinnen, was keinesfalls mit unsolidarischer Haltung verwechselt werden darf. Statt auch die Standpunkte, Ratschläge und die gesamte Politik dieser Parteien an den Erfordernissen des Marxismus-Leninismus zu messen und uns dazu ein an den grundlegenden Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin orientiertes Urteil zu erarbeiten, identifizierten wir ihre Haltungen und Handlungen, ihre Politik und Propaganda lange Zeit einfach mit dem Marxismus-Leninismus. So haben wir - man denke nur an die größte Katastrophe in dieser Beziehung, an die zeitweilige Übernahme wesentlicher Elemente und Positionen der "3-Welten"-Theorie - zusätzlich zu ganzen Komplexen revisionistischer Vorstellungen aus der KPÖ bzw. aus Bereichen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Auffassungen überhaupt, auch einige neue Spielarten revisionistischer Abweichungen aufgenommen, sind ihnen für gewisse Zeit auf den Leim gegangen. War unser Verhältnis zur KP Chinas unter Maotsetung oder zur früheren PdA Albaniens also zu eng gewesen, sollte man es am Ende gar zu den negativen Faktoren in der Geschichte der "Roten Fahne" und der MLPÖ zählen? Wir sind durchaus nicht dieser Meinung! Der Fehler war eben nicht die Enge dieses Verhältnisses, die leidenschaftlich empfundene und verteidigte kämpferische Solidarität mit diesen Parteien, die Bereitschaft und Entschlossenheit, von ihnen maximal zu lernen, auch nicht die ihnen entgegengebrachte hohe Achtung und Wertschätzung, sondern der daraus ganz fälschlich abgeleitete langdauernde und weitgehende Verzicht auf eine kritische Meinungs- und Urteilsbildung gegenüber dem, was von dort her kam. Wir verstanden nicht, daß echte Solidarität, kämpferischer proletarischer Internationalismus, die Bereitschaft, von anderen zu lernen, die Anerkennung ihrer großen Verdienste und Leistungen, die freimütige und durch keinerlei diplomatische Rücksichten verwässerte Kritik nicht ausschließt, sondern sogar erfordert. Wir pflegten es zwar manchmal zu sagen, aber setzten es nicht in die Praxis um, daß man den Marxismus-Leninismus nicht mit irgendeinem Land, irgendeiner Partei, nicht mit diesen oder jenen Parteiführungen oder Parteiführern identifizieren darf, daß man sich daher nicht einfach an anderen Ländern und Parteien orientieren darf, daß der entscheidende Maßstab, der Kompaß, die Richtschnur nur der Marxismus-Leninismus selbst

sein kann, jene Wissenschaft, zu deren Meisterung es der Aneignung, Anwendung und allseitigen Verteidigung jener grundsätzlichen Erkenntnisse bedarf, welche Marx, Engels, Lenin und Stalin erarbeitet haben. (Aus dieser Tatsache folgt übrigens ja auch, daß die revisionistische Entartung ehemals sozialistischer Länder oder ehemals wirklich kommunistischer Parteien keine Pleiten des Marxismus-Leninismus sind, sondern Katastrophen, die aus der Vernachlässigung und Verletzung, aus der Mißachtung und dem Verrat der Erfordernisse des Marxismus-Leninismus folgen.) Um den Marxismus-Leninismus aber erfolgreich anzueignen, anzuwenden und zu verteidigen, bedarf es der Methode der kämpferischen Kritik und Selbstkritik in ausnahmslos allen Bereichen, der Methode einer offenen, in manchen, vor allem in lebenswichtigen Fragen auch öffentlichen Kritik, die vor nichts und niemand untertänig zu schweigen bereit ist.

Seit 2o Jahren sind wir nun dabei, diese Axiome mehr und mehr zu begreifen, in unsere tägliche Praxis umzusetzen. Auf unseren proletarischen Internationalismus aber legen wir deshalb nicht weniger Wert, wollen ihn keinesfalls relativieren, schmälern oder einschränken, sondern noch kräftigen und verstärken. Natürlich ist es die österreichische Arbeiterklasse, der wir unmittelbar angehören und verbunden sind und innerhalb der uns besondere Verantwortlichkeiten erwachsen. Doch zugleich - und man muß sogar sagen, in erster Linie und vor allem anderen-sind wir Angehörige der internationalen Arbeiterklasse, ein Teil des um seine Befreiung kämpfenden Weltproletariats, betrachten uns daher als verantwortliche Mitglieder der internationalen revolutionären Bewegung.

Das ist absolut kein Widerspruch zu unseren revolutionären Aufgaben im eigenen Land, sondern eine lebenswichtige Voraussetzung ihrer erfolgreichen Lösung. Im übrigen ist es auch durchaus nicht so, daß echter proletarischer Internationalismus für uns einfach eine Art von notwendigem Ausgabeposten wäre, sozusagen ein Posten in der Spesenrechnung. So selbstverständlich und unverzichtbar es ist, im Dienste des proletarischen Internationalismus auch zu Opfern, wenn es die Sachlage erfordert, auch zu sehr großen Opfern, bereit zu sein, wird sich letzten Endes doch immer wieder zeigen, daß wir vor allem Empfangende sind, unvergleichlich mehr bekommen, als wir geben können. Selbst unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen in der internationalen revolutionären und marxistisch-leninistischen Weltbewegung, in der bisher tiefsten Talsohle ihrer Geschichte, haben wir von ihr, das heißt von anderen Abteilungen dieser Weltbewegung, eine ganze Reihe großartiger Impulse und Hilfen erhalten, die für uns lebenswichtig waren und sind.

Ich habe schon gesagt, daß heute bei uns auch Genossen von "Gegen die Strömung" und "Westberliner Kommunist" sind. Sie sind etwa 10 Jahre später auf den Plan getreten als unsere "Rote Fahne" und fanden in vieler Hinsicht weit ungünstigere und kompliziertere Bedingungen vor als wir. Anfangs haben wir ihnen ein wenig helfen können, rascher mit einigen Startschwierigkeiten fertig zu werden, insbesondere auch mittels offener brüderlicher Kritik, aus der sich für alle Beteiligten sehr nützliche Diskussionen ergaben, sodaß auch dort, wo unsere Kritik danebentraf, am Ende was Positives herauskam. So zeigte sich gleich vom ersten Moment an, daß wir politisch und ideo-

logisch von diesen Genossen keineswegs weniger Hilfe bekamen, als wir ihnen zu geben vermochten. Es entwickelte sich eine sehr enge und herzliche, aber auch von allen drei Seiten her durchaus kritische und selbstkritische Zusammenarbeit, welche die Inangriffnahme und zumindest teilweise Bewältigung von Aufgaben ermöglichte, die eine einzelne Bruderorganisation, auf sich allein gestellt, ganz gewiß n i c h t in ähnlicher Qualität zustandegebracht hätte. Auch das ist ein Beispiel der Kraft, der großen Möglichkeiten und der Notwendigkeit des proletarischen Internationalismus. Ich möchte die heutige Veranstaltung nicht vorübergehen lassen, ohne den Genossen von "Gegen die Strömung" und "Westberliner Kommunist" für diese brüderliche und kritische Zusammenarbeit und Hilfe namens der "Roten Fahne" und der MLPÖ herzlich zu danken und die Hoffnung auszudrücken, daß sie sich für alle Beteiligten erfolgreich weiterentwikkelt und vertieft.

☆☆

Abonniert die Organe der Bruderorganisationen:



PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

ABONNEMENTS ODER EINZELNUMMERN BEI:

Walter Hofmann Homburger Landstr.52 6000 FRANKFURT/MAIN	Zentraler Literaturdienst Postfach 582 1150/9 WIEN	E. Strulucke Postfach 620705 1000 WESTBERLIN 62

III.

Ich erlaube mir - trotz des warnenden Uhrzeigers - noch einen dritten Fragenkomplex zum Thema "2o Jahre Rote Fahne" anzuschneiden. Man könnte nämlich fragen: "Die 'Rote Fahne' ist nun schon 2o Jahre alt, hat zwei Jahrzehnte hindurch gearbeitet und gekämpft, wo sind die Ergebnisse? Wo sind die Erfolge, die Siege und großen Triumphe, die man im Laufe einer so langen Zeit doch wohl erwarten müßte?"

Wir haben keine Scheu vor solchen Fragen. Zunächst läßt sich nicht leugnen, daß wir tatsächlich nicht imstande waren, durchschlagende Erfolge oder spektakuläre Siege zu erreichen. Soweit wir überhaupt Erfolge hatten, betrafen sie Teilbereiche unserer Arbeit und oft genug wurden solche zeitweiligen Erfolge wieder durch zeitweilige Mißerfolge ausgelöscht. In manchen Beziehungen haben wir Rückschläge erlebt, die uns auf Anfangspositionen zurückwarfen. Das gilt vor allem bei einigen quantitativen Kriterien, für das Auf und Ab der RF-Abonnenten, für die Häufigkeit des Erscheinens der "Roten Fahne" und dergleichen. Wir achten diese Rückgänge durchaus nicht gering, sind aber auch nicht bereit, nur die quantitativen Faktoren als Maßstab des Erfolgs oder Nichterfolgs gelten zu lassen.

Trotzdem - wir selbst sind mit dem, was wir in 20 Jahren erreicht haben, keineswegs zufrieden, wir sind sogar ganz bestimmt diejenigen, die damit am allerwenigsten zufrieden sind. Doch das Problem liegt ja nicht darin, ob man mit dem Erreichten zufrieden ist oder nicht, sondern welche Konsequenzen man aus unbefriedigenden Ergebnissen der Arbeit und des Kampfes, aus Niederlagen und Rückschlägen zieht.

Eine der Konsequenzen, die wir daraus ziehen, ist die, eben mehr, mit größerem Einsatz zu arbeiten, sich mehr anzustrengen. Das wollen wir, aber noch viel wichtiger erscheint uns die Konsequenz, in Zukunft besser, qualifizierter und zielführender zu arbeiten. Dazu können die schmerzhaften Schläge, die wir in den 2o Jahren oftmals erlitten haben und die oft sehr bitteren, teuer erkauften Erfahrungen dieser Jahre ein hervorragendes Mittel sein - vorausgesetzt allerdings, daß man sie richtig, d.h. vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus, analysiert und auswertet. Insofern ist schon jede einzelne Erfahrung, die wir gewonnen haben und in der Zukunft richtig auszuwerten vermögen, ein Erfolg, zumindest ein Schlüssel zum Erfolg.

Einen Teil der Gründe dafür, warum wir nach 2o Jahren keine eindrucksvolle Erfolgsbilanz vorlegen können, bilden selbstverständlich unsere subjektiven Mängel und Schwächen, die oft sehr schwerwiegenden Fehler, die uns unterliefen. Aber es gibt natürlich auch schwerwiegende objektive Ursachen, die eine Rolle spielten und spielen. Darüberhinaus zu spekulieren, ob die Ungunst der objektiven Bedingungen oder unsere subjektiven Unzulänglichkeiten den Ausschlag geben, halten wir für wenig zielführend, denn in die objektiven Bedingungen sind wir eben hineingestellt und es hat wenig Sinn, über sie zu jammern, die subjektiven Bedingungen dagegen können wir direkt gestalten und zum Besseren wenden. Deswegen sind vor allem diese subjektiven Bedingungen jeweils im Mittelpunkt unseres Interesses, hauptsächliche Zielscheibe unserer Kritik und Selbstkritik. Wir leiten daraus aber keineswegs den Fehlschluß ab, daß die objektiven Bedingungen außer Betracht bleiben könnten und eine richtige Politik automatisch und zwangsläufig eine ununterbrochene Kette von Erfolgen, ein Schreiten von einem Sieg zum anderen, zur Folge haben müßte.

Doch ganz unabhängig vom Gewicht der objektiven oder subjektiven Ursachen dafür, daß wir in 2o Jahren nicht viel rascher und weiter vorwärts kamen - e i n e Konsequenz aus unbefriedigenden Ergebnissen bzw. aus Mißerfolgen und Rückschlägen waren wir niemals bereit zu ziehen, nämlich aufzugeben, uns in das Faulbett der sich sehr "selbstkritisch" und "bescheiden" gebenden, in Wahrheit aber ungeheuer bequemen und verantwortungslosen, resignierenden Auffassung zu legen: "Die vor uns stehenden Aufgaben sind zu groß und zu schwierig, wir sind für ihre Bewältigung leider zu klein, zu schwach, zu unvollkommen." Nicht nur einmal hat es in der Geschichte der "Roten Fahne" Situationen gegeben, in denen es einfach nicht mehr weiterzugehen schien. Auch einige ehemals gute Genossen haben in solchen Situationen die Flinte in Korn geworfen und damit die Lage noch verschlimmert. Aber zugleich sind auch immer wieder neue Kräfte in die Bresche getreten, haben die Arbeit allen Schwierigkeiten und Rückschlägen zum Trotz weitergeführt, haben die 1963 wiedererhobene rote Fahne nicht sinken lassen. Das mag nicht als eindrucksvoller Triumph der revolutionären Sache erscheinen, aber es war die Voraussetzung des Überlebens und damit aller Möglichkeiten von Erfolgen in der Zukunft, ein Beweis der Lebenskraft und der Unzerstörbarkeit der revolutionären Sache. Es zeigt zugleich den fundamentalen Unterschied zwischen uns und Organisationen wie KBÖ, der Horlemann-"KPD" usw.

Wie oft haben sie, all die Pfaffen des Gestrigen und der Rückwärtserei, die offenen und versteckten Advokaten der kapitalistischen Ausbeuterordnung und ihrer neuen Agentur, des modernen Revisionismus, die "Rote Fahne" für erledigt, zugrundegegangen und ausgelöscht erklärt ! Nicht nur die Figuren vom Schlage der Fürnberg, Marek und West, die inzwischen gestorben sind, haben oftmals unser Ende proklamiert, nicht nur die Muhris und Scharfs, die zwar physisch noch leben, obwohl sie politisch schon mehr tot als lebendig sind, haben uns immer wieder totgesagt, sondern auch viele andere. Ich erinnere mich zum Beispiel noch gut an die Tageszeitung "Neues Österreich", die als sogenanntes "Organ der demokratischen Einigung" noch in den Sechzigerjahren existierte. Diese Zeitung hat in einem ihrer Artikel unserer "Roten Fahne" ein rasches und unrühmliches Ende vorausgesagt. Wer aber erinnert sich heute noch an das "Neue Österreich", während unsere "Rote Fahne" lebt und kämpft ? Als wir Jocha und seine Spießgesellen nach ihrem mißglückten Versuch einer Palastrevolte hinauswarfen, schrie Jocha noch im Stiegenhaus, das sei nun das endgültige Ende der "Roten Fahne". Er und seinesgleichen haben sich wohl mächtig angestrengt, ein solches Ende zu bewirken, doch vergeblich. Dann trat der sogenannte "Kommunistische Bund" unter Führung Walter Lindners auf den Plan, erklärte die "Rote Fahne" und die MLPÖ zu Agenturen der österreichischen imperialistischen Reaktion und erhob die Zerschlagung der RF und der MLPÖ ausdrücklich zu einem der erklärten Programmziele des KB. Doch wo sind sie geblieben, all diese ambitionierten Töter der "Roten Fahne" und der MLPÖ? Was sie uns voraussagten und schworen, ist ihnen inzwischen selbst widerfahren.

Oder erinnern wir uns an die zahllosen Schikanen und Angriffe, Bespitzelungen und Bedrohungen, Behinderungen und Strafverfolgungen durch den öster-

reichischen Staat, seine Justiz und seine Polizei, mittels der die von der "Roten Fahne" verbreitete revolutionäre Saat schon im Keim zu ersticken versucht wurde. Natürlich haben sie uns schmerzhafte Wunden zugefügt, viele Opfer gekostet und werden das auch weiterhin tun, aber niemals vermochten sie, uns umzubringen. Mit allem Nachdruck versprechen wir ihnen anläßlich des 2o-Jahre-Jubiläums der "Roten Fahne", versprechen es vor allem aber uns selbst und allen unseren Freunden, der österreichischen Arbeiterklasse und der ganzen revolutionären Weltbewegung, daß wir mit allen Kräften dafür sorgen werden, daß ihnen das auch in Zukunft nicht gelingt!

Wir denken nicht daran, uns selbst und anderen vorzulügen, daß wir in den 2o Jahren der Arbeit und des Kampfes, die nun hinter uns liegen, großartige Erfolge und Siege errungen hätten. Aber angesichts der ungeheuer schwierigen Situation in einem Land, dessen Arbeiterklasse unter dem Einfluß einer übermächtigen Sozialdemokratie und einer die revolutionäre Sache ununterbrochen in Verruf bringenden sogenannten "Kommunistischen Partei" ihr Klassenbewußtsein und ihre Kampfbereitschaft scheinbar für das Linsengericht einiger nun übrigens schon rasch abservierter Brosamen der "Sozialpartnerschaft" eingetauscht hat, und angesichts der Tatsache, daß wir uns sehr oft mit ganz unzulänglicher Ausrüstung, sozusagen als politische Halbschuh-Touristen anschickten, politische Gebirge zu erstürmen, war es sehr oft schon ein Sieg, daß wir n i c h t zugrundegingen, nicht aufgerieben wurden, auch die schlimmsten Stürme überlebten, uns nicht bezwingen und brechen ließen, sondern gestärkt durch größere Erfahrung immer wieder ans Werk gingen und unseren Kampf fortsetzten.

Ich sage "Gestärkt durch größere Erfahrung" und hier liegt zweifellos das wichtigste, wertvollste, ja unbezahlbare Ergebnis eines zwanzigjährigen hingebungsvollen und opferreichen Kampfes:

Wir haben noch unendliche Schwächen und Mängel, aber politische Halbschuh-Touristen sind wir heute nicht mehr. Wir haben heute ein viel klareres Konzept des Parteiaufbaues, eine unvergleichlich bessere Einsicht in die Notwendigkeiten und Erfordernisse unseres revolutionären Kampfes, ein festeres Bewußtsein unserer zentralen Aufgaben und eine durch alle Rückschläge nur noch fester geschmiedete Entschlossenheit, den als richtig erkannten Weg zielklarer und folgerichtiger als bisher weiterzugehen.

Das ist eine unbezahlbare Frucht der vergangenen 2o schwierigen Jahre, eine reiche Ernte aus der Arbeit und dem Kampf dieser beiden Jahrzehnte - und es ist eine feste Basis, auf der wir im dritten Jahrzehnt, dem von Marx, Engels, Lenin und Stalin vorgezeichneten Weg konsequent folgend, unsere derzeit wichtigste Aufgabe besser erfüllen, den Aufbau der marxistisch-leninistischen Vorhutpartei des österreichischen Proletariats, erfolgreicher vorantreiben können und werden. ●

SPENDET FÜR DEN RF-FONDS!

Von der Diskussionsveranstaltung "20 Jahre ROTE FAHNE"

Zirka 35 Freunde und Genossen und Genossinnen der "Roten Fahne" und der MLPÖ waren der Einladung zur Teilnahme an der unter dem Motto "20 Jahre Rote Fahne" stehenden Diskussionsveranstaltung gefolgt. Um ein entsprechendes Niveau der Diskussion zu gewährleisten, war die Veranstaltung auf geladene Gäste beschränkt. Da nur knapp über 40 Einladungen versandt worden waren, kann die Teilnahmequote als recht gut bezeichnet werden.

Nach der einleitenden Rede des Sekretärs des ZK der MLPÖ wurde die Grußadresse von "GEGEN DIE STRÖMUNG" vorgetragen: "Wirklich brüderliche Beziehungen sind nur bei gegenseitiger Kritik möglich !"

Die Veranstaltung war umrahmt von der Ausstellung "STREIFLICHTER AUS 20 JAHREN KAMPF DER ROTEN FAHNE", die auf einer Anzahl von Bildtafeln, mit kurzen Kommentaren versehen, wichtige Etappen der Entwicklung der "Roten Fahne" und , nach thematischen Schwerpunkten geordnet, wichtige Aspekte aus der Tätigkeit der "Roten Fahne" vorstellte beziehungsweise in Erinnerung rief.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Diskussion über verschiedene, mit dem Themenkomplex "20 Jahre Rote Fahne" im Zusammenhang stehende Fragen. Einige der interessantesten Diskussionspunkte geben wir weiter unten in zusammengefaßter Form wieder.

Grussadresse von GEGEN DIE STRÖMUNG:

Wirklich brüderliche Beziehungen sind nur bei gegenseitiger Kritik möglich !

Als einige Genossen von uns - noch vor der Herausgabe von GDS - im Sommer 1973, fast zwei Jahre nach unserer Abspaltung bzw. unserem Rausschmiß aus der KPD/ML, zum ersten Mal Kontakt mit der MLPÖ hatten, da haben wir gleich folgende positive Erfahrung gemacht:

Man konnte sich gut mit der MLPÖ streiten und umgekehrt: Wir merkten gleich den Stil der MLPÖ: Auch Genosse Strobl war froh, daß wir gleich all unsere Kritiken an der MLPÖ heftig vorbrachten, und er mit uns und wir mit ihm streiten konnten. Diese G e g e n s e i t i g k e i t der völlig offenen, wirklich nicht hinter dem Berg haltenden Atmosphäre ist aus unserer Sicht eines der wesentlichsten Merkmale, die unsere Beziehung zur MLPÖ ausmachen.

Wir trafen Genossen Strobl 1973 in Durres, Albanien. Unseren Streit bekamen einige Kreaturen von der KPD/ML mit, die mit offenen Mündern dabeisaßen und überhaupt nicht verstanden, was da eigentlich vor sich ging. Sie kannten nur seimige Lobtiraden oder erbarmungslosen, im Grunde sozialfaschistischen Kampf gegen alle, die im falschen Takt klatschten. Trotz schon damals zu spürender, tiefer

Widersprüche zwischen der KPD/ML und der MLPÖ begrüßten diese KPD/ML-Figuren auf eklige Weise und Phrase an Phrase reihend den Vertreter der MLPÖ.

Argwöhnisch beobachteten sie mit den Augen und Ohren von Spitzeln die Tatsache, daß sich der Vertreter der MLPÖ überhaupt mit "Feinden der KPD/ML" unterhielt. Für den damaligen "Ehrenkodex" der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung war dies schon eine äußerst frevelhafte Tat, der sich Genosse Strobl voll bewußt war und umso genüßlicher debattierte er mit uns in aller Ruhe über die Frage von "Theorie und Praxis" und "Was ist Klassenbewußtsein".

Im Ergebnis unserer Debatte machte uns der Vertreter der MLPÖ den Vorschlag, einen Brief aus Westdeutschland über den westdeutschen Imperialismus, aktuelle Ereignisse und unsere Einschätzung der Lage zu schreiben.

Er wollte ihn in der "Roten Fahne" veröffentlichen, was dann auch wirklich geschah* und wütende Proteste, massenweise Kündigung von RF-Abonnenten der KPD/ML-Buchläden und Verfluchungen nach sich zog. Dieser "Test" hatte also in doppelter Hinsicht Ergebnisse gezeitigt: Uns war auf den Zahn gefühlt worden und in Hinblick auf die KPD/ML war nun auch einiges klarer geworden.

Mit dem Abdruck des "Briefs aus Westdeutschland" hat die MLPÖ uns eine wichtige Starthilfe gegeben, die wir selber selbständig nutzen mußten. Wir arbeiteten zirka ein Jahr weiter und erstellten eine Fülle von Manuskripten, die alle mit der MLPÖ vor der Veröffentlichung der "Thesen" in "Gegen die Strömung" Nr.1, Ende 1974, gründlich debattiert wurden. Und wir unsererseits arbeiteten viele Jahrgänge der "Roten Fahne" durch, schrieben Kritiken und Leserbriefe, von denen so mancher in der "Roten Fahne" veröffentlicht oder aber brieflich beantwortet wurde. Dieses Hin und Her, öffentlich und in Form eines umfangreichen Briefwechsels war ganz gewiß nicht von vornherein g l e i c h g e w i c h t i g.

* Siehe RF 145 "Brief aus Westdeutschland". Die RF Nr.145 ist leider nicht mehr vorrätig, doch können Kopien des "Briefs aus Westdeutschland" angefordert werden.

Die Kritiken der MLPÖ an uns waren sicherlich für unsere Arbeit gerade am Anfang von größerer Bedeutung, aber sie waren im höchsten Maß, ohne daß darüber auch nur ein Wort verloren werden mußte, gegenseitige Kritiken von <u>völlig gleichberechtigten</u>, an der Klärung der Sache, der Widersprüche interessierten Brüdern.

Aus der Fülle von den damals heftig geführten <u>inhaltlichen Debatten</u> wollen wir hier und heute lediglich einen Punkt aufgreifen, der kennzeichnend dafür ist, daß die MLPÖ sage und schreibe die e i n z i g e P a r t e i von allen anerkannten großen und kleinen Parteien der damaligen Bruderparteien der KP Chinas und der PdAA ist, welche die Entartung der KP Chinas und der PdAA <u>als marxistisch-leninistische Kraft überlebt</u> hat und weiter, trotz großer Rückschläge, den Weg des Aufbaus der marxistisch-leninistischen Partei in Österreich geht.

Wir waren damals, 1973, sehr ängstlich einerseits und im negativen Sinne autoritätsgläubig andererseits. Wir klebten <u>nicht</u> in erster Linie an den K l a s s i k e r n des Marxismus-Leninismus, sondern an der PdAA und der KP Chinas, deren aktuelle Dokumente wir anhimmelten, deren widerspruchsvollste Positionen in verschiedenen Dokumenten wir mit artistischen Anstrengungen als "dialektische Widersprüche" darlegten, anstatt ausgehend von den Klassikern den eigenen Kopf zu gebrauchen und nur das zu übernehmen, was richtig und brauchbar war.

Auch unserem "Brief aus Westdeutschland" wollten wir unbedingt eine Bemerkung voranstellen, daß dies nur eine Zusammenfassung der Position der KP Chinas und der PAA sei, daß wir nicht mehr und nicht weniger getan hätten usw.

Die Antwort, die wir damals von der MLPÖ erhielten, war umfassend und hart. Sie war vor allem <u>unwiderlegbar</u>. Dort hieß es:

> "Wir sind keine Papageien anderer Parteien und wären diese auch noch so genial und wir noch so unerfahren. Deswegen übernehmen wir ja auch nicht unbedingt alles, was sie sagen und schreiben, sondern lassen das eigene Urteil mitsprechen... Unser Ausgangspunkt in dieser Angelegenheit hilft uns auch, unsere eigene Verantwortung für alles, was wir sagen und schreiben, klar festzuhalten..." (Brief vom November 1973)

Die MLPÖ kritisierte uns von zwei Seiten:

Einmal, so erklärten sie, ist Eure Haltung ü b e r h e b l i c h, weil Ihr selbstredend an viele glänzende Polemiken der PdAA und der KP Chinas in Eurer Zusammenfassung nicht herankommt. Es sind eben e u r e A n s i c h t e n.

Zum zweiten erhielten wir gesagt, daß unsere Haltung auch im Grunde recht bequem und feige sei, da wir uns hinter der Behauptung: 'Alles bloß Standpunkte der PdAA und der KP Chinas' v e r s t e c k e n konnten und unseren Kritikern somit ihre Arbeit nicht mit Argumenten, sondern mit Einschüchterung erschwerten.

Zum dritten aber erzieht man mit solchen Bemerkungen sich selbst und andere zu Papageien und Schallplatten, was vernichtende Folgen nach sich zieht!

Die Kritik war im Ton netter gehalten, aber sie hatte trotzdem gesessen. Die Möglichkeit, in Zukunft die gesamte Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung kritischer, selbständiger, objektiver und verantwortungsbewußter zu betrachten, diese Möglichkeit ist im hohen Maße durch die seit 1973 begonnene Zusammenarbeit mit der MLPÖ, der gegenseitigen Kritik der zahlreich vorhandenen Fehler bei uns und bei der MLPÖ entstanden.

Die scharfe, aber solidarische, brüderliche, auf G e g e n s e i t i g k e i t beruhende Kritik ist eines der wesentlichsten Mittel der gegenseitigen U n t e r s t ü t z u n g. Und wir können ehrlichen Herzens sagen, daß angesichts der ungeheuer vielen negativen Erscheinungen heute die enge Zusammenarbeit zwischen uns und der MLPÖ einer der wenigen, ganz herausragenden Lichtblicke ist.

ES LEBE DIE MLPÖ!

ES LEBE DER MARXISMUS-LENINISMUS!

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!





Rote Fahne

KARL MARX

Vernichtende Kritik des Kapitalismus

Unversöhnlicher Kämpfer für die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Für eine wahrhaft kommunistische Partei

1818 - 1883

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH

Aus dem Inhalt:

ZUR ARBEITSLOSIGKEIT: KARL MARX' VERNICHTENDE KRITIK DES KAPITALISMUS

KARL MARX ÜBER DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS

KARL MARX UND DIE REVOLUTIONÄRE PARTEI DES PROLETARIATS

IDEOLOGISCHE DEBATTE

Auf der Veranstaltung "20 Jahre Rote Fahne"

Den gewichtigsten Platz nahm in der Diskussion die Frage der Ursachen und Erscheinungsformen der revisionistischen Entartung der KPÖ zum einen und des beginnenden Kampfes der Marxisten-Leninisten Österreichs dagegen ein.*

● Die Frage der Einschätzung der KPÖ des Jahres 1945.

In Beantwortung eines Diskussionsbeitrags ging der Sekretär des ZK der MLPÖ nochmals auf die Frage der KPÖ von 1945 und danach ein: Er führte aus, warum man die L i n i e der KPÖ 1945 als revisionistisch einschätzen muß und nannte als Kernpunkt die These vom "friedlichen Weg zum Sozialismus". Er betonte, daß auch günstige Umstände (wie die Tatsache, daß der Staatsapparat im antifaschistischen Krieg vor allem durch die Rote Armee der Sozialistischen UdSSR Stalins zeitweilig außer Funktion gesetzt und teilweise zerschlagen war, die Rote Armee Stalins in einem Teil des Landes stand und die Bourgeoisie zunächst über keine starken Machtmittel verfügte bzw. sie nicht ohne weiteres einsetzen konnte) die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats nicht überflüssig machen und niemand dem österreichischen Proletariat die Verwirklichung dieser Aufgaben abnehmen konnte, wozu wieder eine konseqent revolutionäre Erziehung der Parteimitglieder selbst, des Proletariats überhaupt und darüber hinaus aller Werktätigen Voraussetzung gewesen wäre. Die KPÖ leistete diese Arbeit in der entscheidenden Phase von 1945/1947 nicht.**

Zugleich erinnerte der Redner daran, daß man zwischen Linie und Charakter einer Partei unterscheiden muß. Der Charakter einer Partei hängt nicht nur von ihrer Linie ab, sondern auch vom Funktionieren oder Nichtfunktionieren des demokratischen Zentralismus, vom Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von echter Kritik und Selbstkritik, also auch von der Möglichkeit, eine falsche Linie zu bekämpfen, zu korrigieren und durch eine marxistisch-leninistische Linie zu ersetzen. Die MLPÖ verfügt noch nicht über eine Einschätzung, ab wann es in der KPÖ praktisch keine Möglichkeit mehr gab, durch Kampf gegen den Revisionismus auf korrekte Positionen zurückzukehren, ab wann also die Partei als unrettbar entartet bezeichnet werden mußte. Sicher war das in der Periode 1945 - 1947 noch nicht der Fall.

● Über einige Faktoren, welche die Durchsetzung des Revisionismus in der KPÖ begünstigten

Eine lebhafte Diskussion gab es über die konkrete Situation der KPÖ im Jahre 1945. Der Sekretär des ZK der MLPÖ führte dazu u.a. aus: Hunderte, ja tausende Kommunisten waren von den Hitlerfaschisten in den KZs und Zuchthäusern physisch vernichtet worden. Die Wenigen, die im Land überlebt hatten, gerieten schier in den Verdacht, sich dieses erstaunliche Überleben durch Feigheit oder vielleicht sogar Verrat gesichert zu haben und wurden vielfach als verdächtig behandelt. So übernahmen fast ausschließlich die aus dem Osten und dem Westen zurückkehrenden Emigranten die Parteiführung. Darunter war eine starke Gruppe aus dem jüdischen Großbürgertum stammender Intellektueller, die vor allem aus dem westlichen Exil kamen. Als rassisch Verfolgte, vom Faschismus mit physischer Vernichtung bedrohte Menschen waren sie in die antifaschistische Bewegung gedrängt worden, als deren Seele sie die KP erkannten und sich ihr deshalb anschlossen. Ihr Schicksal in der Emigration trug zu sehr engen Bindungen zwischen ihnen bei und da sie einerseits intellektuelle Fähigkeiten, Rednergabe und journalistisches Geschick hatten, andererseits die Partei im Lande selbst praktisch aufgerieben war, fielen ihnen 1945 bedeutende Teile der Parteiführung, praktisch der gesamte ideologische Sektor, in die Hände. Typisch für diese Gruppe waren etwa Franz Marek, Franz West, Leopold Spira usw.

Was ihre Herkunft und ihren Entwicklungsweg angeht, waren proletarische Kräfte wie Honner eher eine Ausnahme in der damaligen Parteiführung.

Hinzu kommt das, was nach 1934 als "kühne Kaderpolitik" bezeichnet wurde. Nach dem Bankrott der österreichischen Sozialdemokratie im Jahre 1934 strömten Tausende, darunter auch Funktionäre und selbst einige zuvor führende Funktionäre der SPÖ zur KPÖ. Sie erhielten dort sogleich führende Positionen, ja bildeten faktisch den entscheidenden Teil der Parteiführung. In ihrer Mehrzahl waren das und wurden das aber niemals Kommunisten. Nach 1945 zeigte sich dann vollends, was sie wirklich anstrebten. Sie kamen nicht zur KPÖ, um für die proletarische Revolution, für den Kommunismus, zu kämpfen, sondern waren im Grunde nicht bereit, über die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie hinauszugehen. Schlimmer noch: Sie wirkten darauf hin, daß die KPÖ insgesamt nicht ihre Rolle als Partei des Proletariats spielte. Sie waren selbst keine Bolschewiken und aufgrund ihres faktischen Übergewichts in der Partei, besonders in ihrer Führung, verhinderten sie, daß die Kader der KPÖ zu solchen erzogen wurden.

Was zeigt das? Es zeigt, daß es von Anfang an nötig gewesen wäre, daß in der KPÖ ein scharfer ideologischer Kampf gegen den Sozialdemokratismus geführt worden wäre, daß Leute, die besonders nach 1934 aus der Sozialdemokratie oder direkt aus dem Bürgertum kamen, auf dem Weg des ideologischen Kampfes, der ideologischen Erziehung, der Kritik und Selbstkritik zu Revolutionären erzogen worden wären - und auf keinen Fall hätte man ihnen erlauben dürfen, die Partei nach ihrem Ebenbild zu formen.

● Über den Inhalt der Einheit in der KPÖ 1945 und das Verständnis von "Einheit" und "Kritik und Selbstkritik" in der KPÖ damals.

Ein Diskussionsredner ging auf die Frage ein, um w a s für eine Einheit es sich in der KPÖ damals faktisch gehandelt hat: Zur Zeit des Hitlerfaschismus ging es der KPÖ nicht um den Kampf für die proletarische Revolution, sondern alles konzentrierte sich auf eins: "Hitler muß weg !". Es gab keinen Trennungsstrich zwischen Antifaschismus und Bolschewismus. Diese Verwischung wurde auch durch die Propaganda der Faschisten selbst begünstigt, die jeden, der gegen Hitler war, als "Kommunisten" und "Bolschewisten" verfolgten.

Auch schon in bezug auf die Frage des Kampfes der Marxisten-Leninisten gegen den KPÖ-Revisionismus ging der Genosse auf das Verständnis von "Einheit" in der KPÖ ein, die damals herrschte. Gegen die falsche und unhistorische Vorstellung, als sei der Zeitpunkt der Neugründung der Partei bloß vom Wissensstand der Marxisten-Leninisten abhängig, erinnerte der Genosse, Mitbegründer der "Roten Fahne", an die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen man es zu tun hatte. Der Genosse zitierte Stalins Schwur an Lenins Bahre: "Die Einheit der Partei wie seinen Augapfel hüten !" Diese jahrzehntelang intensiv propagierte Aufgabe, die Einheit der Partei mit allen Mitteln zu verteidigen, beherrschte auch das Bewußtsein in der KPÖ. Und tatsächlich war auch zur Zeit Stalins in der kommunistischen Weltbewegung und in der KPÖ eine feste Einheit da. Zugleich war es aber so, daß wirkliche Kritik in wichtigen Fragen immer öfter als Gefährdung dieser Einheit, als Spaltungsversuch, angesehen und hingestellt wurde.

---

* Jene Fragen, die auf der Veranstaltung angesprochen und zum Teil kontrovers diskutiert wurden, aber in diesem Bericht von der Diskussion nicht ausgeführt sind, werden wir jedenfalls in einem anderen Rahmen schriftlich oder mündlich weiterdiskutieren.

Dies gilt insbesondere für die von einem Diskussionsteilnehmer aufgerollte Frage, ob die Marxisten-Leninisten im Kampf gegen die Opportunisten und Revisionisten nicht Gefahr laufen, selbst "in den Schmutz zu geraten" und "unsauber" zu werden. Wie sich herausstellte, steckt dahinter das Problem der Prinzipien und Normen der proletarischen Moral im allgemeinen sowie der Erfordernisse der revolutionären Zweckmäßigkeit im besonderen, wobei vor allem zwei Abweichungen auftreten können: Einerseits die weltfremde Vorstellung, die Mittel und Methoden der Marxisten-Leninisten müßten heute schon den Normen entsprechen, die dereinst im vollentwickelten Kommunismus Gültigkeit haben werden, andererseits die Tendenz zur prinzipienlosen Ansicht, der gute Zweck heilige jedes beliebige Mittel.

** Die MLPÖ beschäftigt sich bereits seit einiger Zeit mit der Erstellung einer detaillierten Analyse der Haltung und Auffassungen, der Linie und Politik der KPÖ in den Jahren 1945 - 1947, jedoch ist diese Aufgabe kaum befriedigend zu lösen, solange keine grundlegende Einschätzung der Linie und Politik der ganzen kommunistischen Weltbewegung in dieser Etappe vorliegt.

Gegen die in verschiedenen Beiträgen anklingende Vereinfachung, als habe es in der KPÖ kaum Schulung und keine Kritik und Selbstkritik gegeben, stellte der Genosse in einem weiteren Beitrag fest: Beides habe es gegeben, dem Umfang nach sogar in einem beträchtlichen Ausmaß. Doch das Wesentliche ist die Qualität, der Inhalt. Kritik und Selbstkritik gab es zum Beispiel jede Menge, aber praktisch nur in kleinen, untergeordneten Dingen. In den entscheidenden ideologischen und politischen Kernfragen gab es sie nicht. Da wurde sie sogar als Sakrileg empfunden. Man könne auch nicht abstreiten, daß es ein ausgeprägtes Schulungswesen, eine Parteihochschule usw. gegeben habe - eine andere Frage sei allerdings, wie und was dort tatsächlich gelehrt und gelernt wurde.

Andere Genossinnen und Genossen stellten im Anschluß daran die Frage, welche Schlußfolgerungen sich aus dem von dem Genossen charakterisierten Zustand ergeben. Stalin selbst hat immer wieder betont, daß nur eine auf dem ideologischen Kampf, auf freimütiger Kritik und Selbstkritik beruhende Einheit eine wirklich feste kommunistische Einheit sein kann und Stalin selbst hat gezeigt, daß im Kampf für eine solche Einheit es gerade auf die großen, prinzipiellen Fragen ankommt. Das, was der Genosse ausgeführt hat, zeigt, daß diese Lehren Stalins nicht ausreichend verstanden und angewendet wurden.

- Zum Oktoberstreik und zum Verhältnis zwischen der KPÖ und der KPdSU(B) und zu Stalin persönlich

Als wichtiger Mangel wurde in der Diskussion bezeichnet, daß die MLPÖ noch nicht über eine detaillierte Einschätzung des Oktoberstreiks 1950 und besonders der Rolle der KPÖ darin verfügt.

In diesem Zusammenhang wurde auch angesprochen, daß sich die KPÖ in dieser Zeit, besonders auch während des Oktoberstreiks, praktisch ständig mit Genossen der KPdSU(B) beriet und auf sie berief. So stellt sich die Frage, welche Position die KPdSU(B) und Stalin persönlich gerade auch zu revisionistischen Positionen der KPÖ und Schwankungen der KPÖ im Klassenkampf, etwa im Oktoberstreik 1950, einnahm. Dazu wurde bemerkt: Erstens verfügen wir da über so gut wie keine gesicherten Informationen aus authentischen Quellen. Zweitens wäre es sicherlich falsch, einfach die KPdSU(B) und Stalin persönlich für Fehler der KPÖ "verantwortlich" oder auch nur zu einem entscheidenden Teil mitverantwortlich zu machen.

- Die Bedeutung der Haltung zu Genossen Stalin für den vergleichsweise frühen Beginn des Kampfes gegen den modernen Revisionismus in Österreich

Eine Genossin warf die Frage auf, wie zu erklären sei, daß sich in Österreich vergleichsweise früh der antirevisionistische Kampf formierte. Dazu wurde festgestellt, daß gewiß vorhandene persönliche Momente in bezug auf die Gründer der "Roten Fahne" für eine Erklärung nicht ausreichen. Auch dem bewaffneten Kampf im Februar 1934 kann diesbezüglich keine entscheidende Bedeutung zugeschrieben werden. Vielleicht war es aber doch so, daß im Bewußtsein eines Teils der KPÖ-Kader gerade Genosse Stalin eine besondere Rolle gespielt hat, nicht zuletzt im Hinblick auf seinen konsequenten Kampf und seine klare Haltung in der Frage der nationalen Unabhängigkeit Österreichs während des 2.Weltkriegs und danach.

- Zur Diskussion "Über Österreichs Weg zum Sozialismus" und über den 20.Parteitag der KPdSU im Jahre 1956

Ein Genosse ging auf die 1956 im theoretischen Organ der KPÖ "Weg und Ziel" geführte Diskussion ein. Er schätzte diese ganze Diskussion, die dazu vorgelegten Diskussionsbeiträge, inhaltlich als sehr schlecht ein. Zum Beispiel wurde ein Teilnehmer der damaligen Diskussion, der in der Frage der gewaltsamen Revolution wenigstens in die Nähe der Wahrheit gekommen sei, scharf von rechts kritisiert. Auch der damalige Diskussionsbeitrag des Genossen Franz Strobl sei nicht gut, sondern falsch gewesen.

Der selbe Genosse sprach auch über negative Erscheinungen von 1956. So werde etwa 1948 in einem Artikel von "Weg und Ziel" fadenscheinig "begründet", warum die anstehende Schulung wegen den "wichtigeren" Wahlen aufgeschoben wurde und auch die Broschüre von Franz Honner über den Oktoberstreik sei schon reichlich defensiv.

Genosse Franz Strobl antwortete, daß sein jetzt fast 30 Jahre zurückliegender Diskussionsbeitrag in "Weg und Ziel" natürlich falsch gewesen war, da in ihm die Linie des 20.Parteitags nicht verworfen, sondern "zurechtzuinterpretieren" versucht wurde. Ein solcher Versuch bedeutete, den Revisionismus verdaulich zu machen, Einwände zu entkräftigen. Die Sache wurde umso schlimmer, als die ganze Debatte selbst schon gefiltert war ! Leute, die Leserbriefe schrieben, wurden bearbeitet, "Formulierungen" und ganze Passagen rauszunehmen, so daß viele Diskussionsbeiträge total verwässert oder sogar entstellt in Druck gingen. Faktisch war es so, daß nichts erschien, was nicht den Segen oder zumindest die Duldung der Parteispitze hatte. (Vergleiche dazu auch "Dokumente des Kampfes gegen den KPÖ-Revisionismus 1963 - 1971", S.118). Heute ist ganz klar, daß man sich eine solche "Bearbeitung" von Diskussionsbeiträgen nicht hätte gefallen lassen dürfen.

- Welche Bedeutung hatte die Zeit zwischen 1956 und 1963 für die Schaffung eines Führungskerns im Kampf gegen den KPÖ-Revisionismus?

Dazu wurde ausgeführt, daß die Zeit zwischen 1956 und 1963 ohne Zweifel für die Entwicklung der antirevisionistischen Opposition in der KPÖ sehr wichtig war (siehe dazu ausführlich "Zur Lage am Vorabend der Gründung der "Roten Fahne"" in: "Dokumente des Kampfes gegen den KPÖ-Revisionismus").

Für die wirkliche Schaffung eines K e r n s antirevisionistischer Kommunisten war jedoch die Zeit nach 1963 entscheidend. Denn mit der Herausgabe der "Roten Fahne" im Herbst 1963 war die Fahne des Kampfes für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus aufgepflanzt und der zuvor isolierte und verdeckte Widerstand hatte nun eine Tribüne, verfügte über einen Sammelpunkt, ein Kristallisationszentrum. Nun gewann entscheidende Bedeutung, was Lenin lehrt: Bevor man sich vereinigt und um sich zu vereinigen, muß man sich zuerst entschieden und deutlich voneinander abgrenzen. Das hätte sicherlich bedeutend bewußter und konsequenter gemacht werden müssen, denn es fanden sich Leute zusammen, die ideologisch keineswegs einheitlich waren, was unter den gegebenen Voraussetzungen auch kaum möglich war, sondern die aus zum Teil sehr unterschiedlichen Motiven gegen den KPÖ-Revisionismus waren. Noch wichtiger war, daß die "Ablehnung des Revisionismus" oft nur gewisse Elemente revisionistischer Auffassungen betraf, also keineswegs konsequent war.

Ein anderer Genosse führte aus, daß man eben darum nicht unbesehen von "Marxisten-Leninisten" sprechen durfte, wenn es sich um Kräfte handelte, die mit Kritik an der KPÖ-Führung auftraten, auch dann nicht, wenn sie sich selbst auf den Marxismus-Leninismus beriefen. Nicht wenige wandten sich zwar gegen den KPÖ-Revisionismus, aber entscheidend war schließlich, wofür sie waren, d.h. auf welcher Grundlage sie es taten. Deshalb wäre es im Hinblick auf sie richtiger, einfach von "Antirevisionisten" zu sprechen, wobei dieser Begriff nicht in einem engen Sinn verstanden werden darf.

- Zur Frage der Fehleinschätzung der Absetzung Chruschtschows durch die "Rote Fahne"

Ein Mitglied der Redaktion der "Roten Fahne" erläuterte, daß bei der Fehleinschätzung bzw. Fehldarstellung der Absetzung Chruschtschows auch ein falsches Verständnis von "Taktik" eine wesentliche Rolle gespielt hat. Der Sturz Chruschtschows hat in der KPÖ eine gewaltige Erschütterung und Verwirrung ausgelöst. Die KPÖ-Führung, die sich durch besondere Lobhudelei gegenüber Chruschtschow hervorgetan hatte, äußerte sich "sehr besorgt". Diese Situation versuchte die "Rote Fahne" maximal gegen die revisionistische KPÖ-Führung auszunutzen. In der Absicht, die Unsicherheit der Positionen der Revisionisten zu zeigen, übertrieb die RF die Bedeutung der Absetzung Chruschtschows, vergrößerte damit zwar die Verwirrung in den Reihen der Revisionisten, gab zugleich aber gefährlichen Illusionen Nahrung. Es war ein klassisches Beispiel für die falsche, im Grunde prinzipienlose Politik, im Interesse der Erzielung gewisser taktischer Vorteile auf die strategischen Notwendigkeiten zu vergessen.

Von einem anderen Genossen wurde festgestellt: Damals hat der gesamte Weltimperialismus Chruschtschow nachgeweint. Es herrschte der Eindruck, daß dann, wenn die Revisionisten der KPÖ und die Imperialisten, d.h. die

Feinde des Proletariats, ein solches Geheul anstimmen, die Absetzung Chruschtschows zumindest eine wichtige Teilniederlage des Revisionismus sein müsse, die man bis zum äussersten ausnützen müsse, um den Revisionismus weiter zu isolieren. Der Irrtum war, daß man einen solchen indirekten Schluß in der Politik durchaus nicht immer und überall ziehen darf. Die G r ü n d e , warum die westlichen Imperialisten und bestimmte Revisionisten über Chruschtschows Absetzung wehklagten, müssen noch lange keine Gründe sein, welche die Marxisten-Leninisten zur Freude veranlassen können.

- Zur Frage des Zeitpunkts der Gründung der MLPÖ

Ein Genosse führte dazu aus, daß eine sofortige Parteigründung 1963, als die antirevisionistische Opposition mit der "Roten Fahne" hervortrat, nicht richtig gewesen wäre. Es wäre zwar nicht schwer gewesen, sich mit einigen Leuten zusammenzusetzen und die Partei zu proklamieren, aber es kam darauf an, die marxistisch-leninistische Perspektive wirklich zu sichern, was erst im Verlauf eines längeren intensiven ideologischen Kampfes möglich war. Außerdem soll die Parteigründung einen gewissen Widerhall haben, ein Echo auslösen und insofern ist der Zeitpunkt der Parteigründung nicht völlig egal, wie manche meinten.

Ein anderer Genosse betonte, daß es darauf ankomme, w a s für eine Partei man aufbauen will und diese Frage stehe auch hinter vielen Fragen, bei denen es vordergründig nur um den Zeitpunkt der "Gründung" geht.

Ein weiterer Genosse bemerkte, daß man die Entwicklung von der Gründung der "Roten Fahne" über das "Vorbereitungskomitee zur Neugründung der KP in Österreich" und die "MLÖ" bis hin zur Gründung der MLPÖ nicht als einen widerspruchslosen Prozeß ansehen dürfe. Vielmehr gab es heftige Kämpfe zwischen denen, die im Grunde keine marxistisch-leninistische Partei und nur ein anspruchsloses opportunistisches Gebilde wollten, und den marxistisch-leninistischen Kräften, die für die Schaffung einer neuen, wirklich kommunistischen Partei kämpften. Insofern müssen die "Zwischenlösungen" vor der Gründung der MLPÖ auch als Formen zeitweiliger Kompromisse zwischen diesen beiden Richtungen gesehen werden. Die einen waren froh, daß es noch nicht die Partei war, die anderen, daß immerhin ein weiterer Schritt zur Gründung der Partei getan war. Als es dann wirklich auf die MLPÖ-Gründung zuging, zeigten die Feinde der Schaffung einer neuen marxistisch-leninistischen Partei ihr wahres Gesicht und betrieben hemmungslose Sabotage. Das zeigt auch, daß es schwerwiegende Gegensätze gab, die schließlich offen hervorbrachen.

* * *

Im letzten Abschnitt der Diskussion wurde in mehreren Beiträgen auf die heute anstehenden Aufgaben der Marxisten-Leninisten und aktuelle Probleme ihres Kampfes eingegangen.

- Zur "Norm" der ausschließlich "internen Beratung" und der Behandlung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den drei Bruderorganisationen WBK, GDS und MLPÖ.

Einige Diskussionsbeiträge befaßten sich mit der revisionistischen "Norm" der ausschließlich "internen Beratung", ihrem Ursprung und der schädlichen Rolle, welche sie im Kampf gegen den modernen Revisionismus gespielt hat, wobei besonders hervorgehoben wurde, daß sich sehr verhängnisvoll ausgewirkt hat, daß diese unselige "Norm" von der sich weltweit gegen den modernen Revisionismus formierenden antirevisionistischen Bewegung zunächst übernommen wurde.

Ausgehend davon, daß die drei Bruderorganisationen diese "Norm" als revisionistisch erkannt und verworfen haben, wurde die Frage gestellt, in welcher Weise sie ihre Meinungsverschiedenheiten offen und öffentlich darlegen, sofern es welche gibt.

Hierzu wurde die Notwendigkeit unterstrichen, die in den jeweiligen Organisationen intern geführten Debatten möglichst umfassend zu dokumentieren und zugänglich zu machen.
Die MLPÖ hat das bisher in kontinuierlicher Weise noch nicht geschafft, wird sich aber gerade in dieser Richtung mehr anstrengen, wobei ihr "Gegen die Strömung" ein gutes Beispiel gibt.

Eine Genossin bemerkte, daß es allerdings kein Fehler sei, daß d i e Meinungsverschiedenheiten, welche bisher zwischen den drei Bruderorganisationen auftraten, nicht veröffentlicht wurden. Zum Teil handelt es sich einfach um Probleme, die erst andiskutiert, aber noch nicht wirklich ideologisch ausgearbeitet und diskutiert sind, so daß es nicht zweckmäßig wäre, eine breitere Öffentlichkeit bereits damit zu beschäftigen. Oder aber es handelte sich um Kritiken und Debatten, die rasch zu einer Klärung geführt haben.

Generell, so wurde bemerkt, sei es jedoch richtig, daß die "internen" Debatten gerade auch zwischen den Organisationen besser dokumentiert werden sollten, vorausgesetzt natürlich, daß es sich nicht um ganz untergeordnete oder Detailfragen handelt.

- Zur Frage der Einschätzung der "linken" Bewegung in Österreich und den Aufgaben der MLPÖ.

Ein Genosse ging darauf ein, daß schon früher für die MLPÖ ein Problem gewesen sei, an welches Potential sie sich wenden sollte. Zunächst richtete sie ihr Hauptaugenmerk auf die KPÖ aufgrund der Einschätzung, daß sich darin noch tausende ehrlicher, für den Kommunismus noch zu rettender Kräfte befänden. Der 2.Parteitag der MLPÖ 1971 korrigierte und änderte diese Einschätzung. Auch heute müsse man sich fragen, an wen man sich wenden müsse und das erfordere auch eine Analyse der "linken" Bewegung in Österreich. Wie es um diese bestellt sei, führte der Genosse aus, habe sich schlaglichtartig anläßlich der "Angelobung" im Karl-Marx-Hof am 12.Februar dieses Jahres gezeigt. Dort habe sich aber auch gezeigt, daß es ein gewisses Potential von Leuten gebe, die gegen diese Provokation waren, und am ehesten im Umkreis der "Autonomen" anzusiedeln seien. Es käme darauf an, klarzumachen, daß die diversen pseudomarxistischen Gruppen keine Alternative darstellen und nur die Marxisten-Leninisten den richtigen Weg zeigen. In diesem Zusammenhang müsse auch überlegt werden, in welcher Weise verstärkt die Schulung des Marxismus-Leninismus nach aussen angeboten und durchgeführt werden könne.

Ein anderer Genosse führte zur Situation der MLPÖ aus, daß diese in Österreich praktisch "konkurrenzlos" dasteht, insofern es keine Gruppe oder Organisation gibt, welche der MLPÖ mit einem marxistisch-leninistischen Anspruch entgegentreten könne. Der Genosse verwies auch darauf, daß die Erfahrung der Aktion im Karl-Marx-Hof gezeigt habe, daß es durchaus Leute gebe, die was machen wollen, denen aber selbst die geringsten Kenntnisse des Marxismus-Leninismus fehlen.

Verschiedene Redebeiträge kamen auf diesen Themenkomplex zurück. So wurde darauf hingewiesen, daß man nicht übersehen dürfe, daß Kräften wie den "Autonomen" nicht nur der Marxismus-Leninismus "fehlt", sondern diese dem Marxismus-Leninismus, der bolschewistischen Partei und der Diktatur des Proletariats gegenüber feindlich eingestellt seien.

Ein Genosse führte aus: Sicherlich, wenn die Marxisten-Leninisten an der Spitze wichtiger Kämpfe stehen würden, so würde es ihnen auch leichter gelingen, Einfluß zu bekommen und neue Kräfte zu gewinnen. Aber man muß sehen, wo die Marxisten-Leninisten heute stehen und was ihre entscheidenden Aufgaben gegenwärtig sind - diese liegen heute vor allem im Bereich des ideologisch-theoretischen Kampfes. Aber gerade in bezug auf letzteres muß immer wieder propagiert werden, daß die Klärung der Grundfragen auf der Grundlage der Verteidigung des Marxismus-Leninismus entscheidend ist und für die siegreiche Führung künftiger grosser Kämpfe ganz unerläßlich ist. In unserer Situation müsse also unterstrichen werden: Ansatzpunkte für unser Eingreifen in Kämpfe müssen genutzt werden, doch darf man das nicht verabsolutieren.

Eine Genossin bemerkte zum selben Fragenkomplex: Die Perspektive unserer Arbeit und unseres Kampfes muß in Rechnung stellen, daß der Marxismus-Leninismus heute sozusagen "ausser Mode" ist. Man darf keine Illusionen zulassen, daß sich da rasch was ändert, daß wir auf kürzere Sicht durch unsere Agitproptätigkeit bedeutenderen Einfluß oder bedeutendere Kräfte gewinnen könnten. Man muß sich auf einen langen Zeitraum einstellen. Es geht darum, durchzuhalten. Hart gesagt: Mit unserer Propagandatätigkeit können wir heute erreichen, daß sich in einigen Jahren Leute erinnern: "Da war doch jemand, der hat das schon damals gesagt, was ist aus denen eigentlich geworden ?"

Schließlich warnte ein Genosse, daß man sich vor zwei Extremen hüten müsse: Verabsolutierung der Massenarbeit einerseits, deren Ignorieren andererseits. Vor allem aber komme es, gerade heute, darauf an, w a s wir mit unserer Massenarbeit erreichen wollen, welchen I n h a l t sie haben soll, an w e n sie sich in erster Linie wenden soll, heute nämlich in erster Linie an die Fortgeschrittensten des Proletariats.

Der selbe Genosse ging auch auf den Beitrag eines anderen Genossen ein, der meinte, man müsse mehr erklären, was in unserer gegenwärtigen Propaganda im Grunde schon vorausgesetzt werde. Dazu führte der Genosse aus, daß man auch rückschrittlicheren Leuten Dinge erklären muß, daß wir aber unsere Propaganda nicht auf ihr Niveau senken dürfen.

● Zur Frage sogenannter "gewerkschaftsoppositioneller Gruppen"

Ein Genosse, der diese Frage aufwarf, schätzte als gemeinsames Kennzeichen der allermeisten derartigen heutigen Initiativen ein, daß sie einer klassenkämpferischen Politik feindlich gegenüberstehen und revisionistisch-"alternativ" beherrscht sind. Dennoch müsse man ihre Entwicklung verfolgen und sich mit ihnen auseinandersetzen.

Ein Genosse wandte ein, daß diese Gruppen für uns im Grunde uninteressant sind, wenn sie sogar den Klassenkampf hassen.

Die Redaktion der "Roten Fahne" und das ZK der MLPÖ betrachten die Durchführung der Diskussionsveranstaltung als einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung jener Aufgaben, in deren Dienst sie diese Zusammenkunft gestellt haben: die selbstkritische Einschätzung des zurückgelegten Weges, um mit maximaler Klarheit die vor uns liegenden Kampfaufgaben zu lösen. Die Durchführung dieser Diskussionsveranstaltung erschien uns auch die würdigste Art, unter unseren Gegebenheiten den 1.Mai als proletarisch-internationalistischen Kampftag zu begehen, denn hier wurden einige Fragen behandelt, deren Lösung unbedingt erforderlich ist, damit wir unseren Beitrag zur revolutionären Sache des internationalen Proletariats leisten können.

Gewiß, in mancher Beziehung waren die Voraussetzungen für die Durchführung der Veranstaltung nicht optimal. So hatten die meisten Teilnehmer zuvor noch nicht die Möglichkeit gehabt, den kurz vorher erschienenen Band "Dokumente des Kampfes gegen den KPÖ-Revisionismus 1963-1971" durchzustudieren. Durch gründlichere Vorbereitung hätte wohl auch erreicht werden können, daß sich die Debatte schärfer auf einige brennende Probleme des ideologischen Kampfes heute zugespitzt hätte.

Wir meinen jedoch: Studium der Dokumente, Ausarbeitung von Kritiken und Stellungnahmen - alles das muß ein sich wechselseitig befruchtender Prozeß sein. Wir glauben, daß gerade die lebendige Debatte auf der Veranstaltung dazu beigetragen hat, die Dokumente mit m e h r Fragestellungen vor Augen und mit kritischerem Bewußtsein durchzuarbeiten, wie überhaupt die Durchführung dieser Diskussionsveranstaltung ein Einstieg sein sollte, damit jeder für sich beim Studium des Dokumentenbands und im Kreis seiner Freunde und Genossen an den angesprochenen Problemen weiterarbeitet, gründlicher darüber nachdenkt und nach Möglichkeit auch neue Gesichtspunkte und Kritiken bringt.

Wir freuen uns, daß zu einigen sehr wesentlichen Fragen des Sammelbands bereits kritische Stellungnahmen eingetroffen sind und hoffen, daß weitere folgen werden. Wir werden demnächst in der "Roten Fahne" das Wesentlichste aus diesen Beiträgen und Kritiken abdrucken und uns damit auseinandersetzen.

Schon jetzt zeigt sich auch, daß die Diskussion über den Sammelband "Dokumente des Kampfes gegen den KPÖ-Revisionismus" überaus fruchtbar ist zur Erstellung eines selbstkritischen ersten kurzen Abrisses der Geschichte der MLPÖ, zu dem bereits Vorarbeiten begonnen haben. ●

Am 18. August 1944 wurde Genosse Ernst Thälmann im Konzentrationslager Buchenwald von den Faschisten heimtückisch ermordet



An den

Genossen Pieck

Vorsitzender des ZK der KP Deutschlands

Mit dem Gefühl unbegrenzter Entrüstung und Erschütterung wegen des meuchelmörderischen Todes unseres unvergeßlichen, heldenhaften Teddy, bitte ich, mein tiefstempfundenes Beileid dem ZK und allen deutschen Genossen auszudrücken.

Nach den unzähligen Opfern hat unsere deutsche Bruderpartei im entscheidendsten Moment ihrer Geschichte jetzt auch ihren erprobten, geliebten Führer Ernst Thälmann verloren, in einem Momente, wo er der Partei und dem deutschen Volke am notwendigsten wäre.

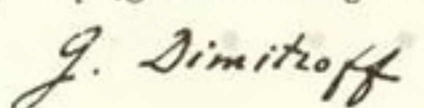
Der bestialische Mord an Thälmann wird, selbstverständlich, in keinem Falle die unvermeidliche Vernichtung der Hitlerbande verhindern können. Doch der Verlust Ernst Thälmanns ist ein überaus harter Schlag für die Partei und alle Antifaschisten Deutschlands und verpflichtet sie, mit noch größeren Anstrengungen und Selbstopferung für die Erfüllung ihrer historischen Aufgaben im Sinne der Lenin-Stalinschen-Lehre zu arbeiten und zu kämpfen.

Der große deutsche kommunistische Führer ist gefallen. Die Kommunistische Partei Deutschlands aber soll und wird leben und ihre Befreiungsmission, trotz alledem, zum siegreichen Ende führen.

Kopf hoch! meine deutschen Genossen. Mut, Mut, und noch einmal Mut!

Mit Volldampf voran - zur endgültigen Vernichtung des barbarischen Hitlerismus und dem vollen Sieg der großen Sache, für die unser Teddy gelebt, gekämpft, gelitten hat und gestorben ist.

Moskau, 17. September 1944.



DER 1. WELTKRIEG – EIN IMPERIALISTISCHER RAUBKRIEG

Vor 70 Jahren begann der 1. Weltkrieg. Die bürgerliche Presse Österreichs "würdigt" diesen Jahrestag nicht nur mit allen möglichen vordergründigen Geschichtchen und "Erinnerungen" an "das Attentat von Sarajewo", sondern tut auch alles, um die wirklichen Ursachen und den imperialistischen Charakter des 1. Weltkriegs zu vertuschen.

Die Sprachrohre der herrschenden Bourgeoisie lassen es so erscheinen, als habe diesen Krieg eigentlich niemand gewollt, als sei die Welt durch eine fatale Verkettung unglückseliger Umstände in diesen Krieg "hineingerissen" worden. "Schuld" am Ausbruch des Krieges habe allenfalls der Starrsinn der damals herrschenden Monarchen gehabt - doch selbst diese hätten angeblich den Krieg verhindert, wenn sie geahnt hätten, worauf sie sich da eingelassen haben.

Auch die reaktionäre ÖGB-Führung stimmt in diesen reaktionären Chor ein. So heißt es etwa in einem längeren Artikel in "arbeit und wirtschaft": "Ein Mindestmaß an Einsicht und Verantwortungsbewußtsein bei den Herrschenden in Wien und Berlin hätte dem Ausbruch des Weltbrands und dem fürchterlichen Blutvergießen Einhalt gebieten... können". (Nr.7/8/84, S.29).

Im Grunde bewegen sich die KPÖ-Revisionisten auf der selben bürgerlichen Linie, wenn sie "Verhandlungen" zwischen den Imperialisten, besonders den imperialistischen Großmächten, als Weg zur "Verringerung der Kriegsgefahr" und schließlich gar zur "völligen Abrüstung" hinstellen.

Alle diese Demagogen leugnen, daß die Ursache und Wurzel des imperialistischen Kriegs - wie aller Kriege - im System des Kapitalismus selbst liegt, daß im höchsten Stadium des Kapitalismus, dem Imperialismus, imperialistische Kriege unvermeidlich sind, daß Imperialismus Krieg bedeutet.

* * *

Die MLPÖ hat in der Nummer 205 der RF "GEHT DEN FRIEDENSHEUCHLERN NICHT AUF DEN LEIM ! - DER MARXISTISCH-LENINISTISCHE STANDPUNKT ZU KRIEG UND FRIEDEN" ausführlich ihre Linie im Kampf gegen den imperialistischen Krieg dargelegt.

Zum aktuellen Anlaß geben wir einige wesentliche Passagen aus der Stalinschen "GESCHICHTE DER KPDSU(B), KURZER LEHRGANG" wieder, welche die Entstehung und Ursachen des imperialistischen Weltkriegs und die Theorie und Taktik der bolschewistischen Partei in den Fragen des Krieges, des Friedens und der Revolution im Kampf gegen den Verrat der Führer der II. Internationale umfassend darlegen.

Vor allem enthalten diese Passagen aber auch eine gedrängte Darlegung von Grundlagen der Leninschen Theorie der proletarischen Revolution, besonders der leninistischen These, daß der Sozialismus vorerst in einem Lande oder einigen Ländern siegen wird.

Ein gründliches Studium der Theorien des Marxismus-Leninismus über Imperialismus, Krieg, Frieden und Revolution ist unabdingbar, um in einer Situation der weltweit verschärften Gegensätze des Imperialismus (einschließlich des russischen Sozialimperialismus und der anderen revisionistisch-kapitalistischen Staaten), der fieberhaften Kriegsvorbereitungen der Imperialisten und Sozialimperialisten, im Kampf gegen den modernen Revisionismus und alle Spielarten des Pazifismus und Chauvinismus bestehen zu können. Das Studium der "Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", das im Zusammenhang mit einem tiefgehenden und umfassenden Studium der Originalwerke der Klassiker des Marxismus-Leninismus, Marx, Engels, Lenin und Stalin stehen muß, ist ein wichtiges Mittel, um die Aufgaben der Marxisten-Leninisten konsequent zu erfüllen.



GESCHICHTE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJETUNION (BOLSCHEWIKI)

KURZER LEHRGANG

Unter Redaktion einer Kommission des Zentralkomitees der KPdSU (B)

Gebilligt vom Zentralkomitee der KPdSU (B) 1938

KAPITEL VI

Die Partei der Bolschewiki in der Periode des imperialistischen Krieges. Die zweite Revolution in Rußland (1914 bis März 1917)

1

Entstehung und Ursachen des imperialistischen Krieges

Am 14. (27.) Juli 1914 verfügte die zaristische Regierung die allgemeine Mobilmachung. Am 19. Juli (1. August) wurde Rußland von Deutschland der Krieg erklärt.

Rußland trat in den Krieg ein.

Schon lange vor Beginn des Krieges hatte Lenin, hatten die Bolschewiki seine Unvermeidlichkeit vorausgesehen. Auf den Internationalen Sozialistenkongressen war Lenin mit seinen Anträgen hervorgetreten, die darauf gerichtet waren, die revolutionäre Linie für das Verhalten der Sozialisten im Falle eines Krieges zu bestimmen.

Lenin wies darauf hin, daß Kriege die unvermeidliche Begleiterscheinung des Kapitalismus sind. Der Raub fremder Territorien, die Okkupation und Plünderung von Kolonien, die Eroberung neuer Märkte hatten nicht selten als Ursachen von Eroberungskriegen der kapitalistischen Staaten gedient. Der Krieg ist für kapitalistische Länder ein genau so natürlicher und gesetzmäßiger Zustand wie die Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Im besonderen wurden Kriege unvermeidlich, als der Kapitalismus Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts endgültig in das höchste und letzte Stadium seiner Entwicklung, den Imperialismus, überging. Unter dem Imperialismus wurden die mächtigen Vereinigungen (Monopole) der Kapitalisten und die Banken zum entscheidenden Faktor im Leben der kapitalistischen Staaten. Das Finanzkapital wurde in den kapitalistischen Staaten Herr im Hause. Das Finanzkapital forderte neue Märkte, die Eroberung neuer Kolonien, neue Gebiete für die Kapitalausfuhr, neue Rohstoffquellen.

Aber schon Ende des 19. Jahrhunderts war das ganze Territorium des Erdballs unter den kapitalistischen Staaten aufgeteilt. Nun verläuft die Entwicklung des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus äußerst ungleichmäßig und sprunghaft: einige Länder, die früher an erster Stelle gestanden haben, entwickeln ihre Industrie verhältnismäßig langsam, andere, früher rückständige, holen sie in schnellen Sprüngen ein und überholen sie. Das ökonomische und militärische Kräfteverhältnis der imperialistischen Staaten änderte sich. Das Streben nach einer Neuaufteilung der Welt trat zutage. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt machte den imperialistischen Krieg unvermeidlich. Der Krieg von 1914 war ein Krieg um die Neuaufteilung der Welt und der Einflußsphären. Er wurde von allen imperialistischen Staaten seit langem vorbereitet. An diesem Krieg waren die Imperialisten aller Länder schuld.

Im besonderen aber wurde dieser Krieg vorbereitet von Deutschland und Österreich auf der einen, Frankreich, England und dem von ihnen abhängigen Rußland auf der anderen Seite. Im Jahre 1907 entstand der Dreiverband oder die Entente, ein Bündnis Englands, Frankreichs und Rußlands. Ein anderes imperialistisches Bündnis bildeten Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien. Italien jedoch schied bei Beginn des Krieges von 1914 aus diesem Bündnis aus und schloß sich später der Entente an. Deutschland und Österreich-Ungarn wurden unterstützt von Bulgarien und der Türkei.

Mit der Vorbereitung des imperialistischen Krieges verfolgte Deutschland das Ziel, England und Frankreich Kolonien, Rußland die Ukraine, Polen, das Ostseegebiet abzunehmen. Durch den Bau der Bagdadbahn bedrohte Deutschland die Herrschaft Englands im Nahen Osten. England fürchtete das Wachstum der deutschen Flottenrüstungen.

Das zaristische Rußland strebte nach einer Aufteilung der Türkei, träumte von der Eroberung der Dardanellen, der Meerengen zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelländischen Meer, und von der Eroberung Konstantinopels. Zu den Plänen der zaristischen Regierung gehörte auch die Annexion Galiziens, eines Teils von Österreich-Ungarn.

England strebte danach, durch den Krieg seinen gefährlichen Konkurrenten, Deutschland, zu schlagen, dessen Waren vor dem Krieg die englischen Waren auf dem Weltmarkt immer mehr zu verdrängen begonnen hatten. Außerdem beabsichtigte England, der Türkei Mesopotamien und Palästina zu entreißen und fest in Ägypten Fuß zu fassen.

Die französischen Kapitalisten strebten danach, Deutschland das kohlenreiche Saarbecken und das eisenreiche Elsaß-Lothringen zu entreißen, das Deutschland im Kriege von 1870/71 Frankreich entrissen hatte.

Zum imperialistischen Kriege führten somit die äußerst großen Widersprüche, die zwischen den beiden Gruppen kapitalistischer Staaten bestanden.

Dieser Raubkrieg um die Neuaufteilung der Welt berührte die Interessen aller imperialistischen Länder, daher wurden späterhin auch Japan, die Vereinigten Staaten von Amerika und eine Reihe anderer Staaten in diesen Raubkrieg hineingezogen.

Der Krieg wurde zum Weltkrieg.

Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges wurde von der Bourgeoisie ihren Völkern gegenüber mit tiefstem Geheimnis umgeben. Als der Krieg ausbrach, bemühte sich jede imperialistische Regierung zu beweisen, daß nicht sie die Nachbarn überfallen habe, sondern daß sie selbst überfallen worden sei. Die Bourgeoisie betrog das Volk, indem sie die wahren Kriegsziele, den imperialistischen, annexionistischen Charakter des Krieges verheimlichte. Jede imperialistische Regierung erklärte, daß der Krieg zur Verteidigung des eigenen Landes geführt werde.

Die Opportunisten aus der II. Internationale halfen der Bourgeoisie, das Volk zu betrügen. Die Sozialdemokraten der II. Internationale verrieten aufs niederträchtigste die Sache des Sozialismus, die Sache der internationalen Solidarität des Proletariats. Sie traten nicht nur nicht gegen den Krieg auf, sondern halfen im Gegenteil der Bourgeoisie, die Arbeiter und Bauern der kriegführenden Staaten unter der Flagge der Vaterlandsverteidigung aufeinanderzuhetzen. . .

2

Der Übergang der Parteien der II. Internationale auf die Seite ihrer imperialistischen Regierungen · Der Zerfall der II. Internationale in einzelne sozialchauvinistische Parteien

Lenin hatte wiederholt vor dem Opportunismus der II. Internationale und vor der Wankelmütigkeit ihrer Führer gewarnt. Immerfort betonte er, daß die Führer der II. Internationale nur in Worten gegen den Krieg seien, daß sie im Falle eines Kriegsausbruchs ihren Standpunkt ändern und auf die Seite der imperialistischen Bourgeoisie über-

laufen könnten, daß sie Anhänger des Krieges werden könnten. Gleich die ersten Kriegstage bestätigten Lenins Voraussicht.

Im Jahre 1910 war auf dem Kopenhagener Kongreß der II. Internationale der Beschluß angenommen worden, daß die Sozialisten in den Parlamenten gegen Kriegskredite stimmen müssen. Während des Balkankriegs im Jahre 1912 hatte der Baseler Kongreß der II. Internationale erklärt, daß die Arbeiter aller Länder es für ein Verbrechen halten, um der Vergrößerung der Profite der Kapitalisten willen aufeinander zu schießen. So war es in Worten, in Resolutionen.

Als aber der Gewittersturm des imperialistischen Krieges losbrach, als es galt, diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen, erwiesen sich die Führer der II. Internationale als Fahnenflüchtige und Verräter an der Sache des Proletariats, erwiesen sie sich als Lakaien der Bourgeoisie, wurden sie Anhänger des Krieges.

Am 4. August 1914 stimmte die deutsche Sozialdemokratie im Parlament für die Kriegskredite, für die Unterstützung des imperialistischen Krieges. Dasselbe tat die übergroße Mehrheit der Sozialisten Frankreichs, Englands, Belgiens und anderer Länder.

Die II. Internationale hörte auf zu existieren. Sie zerfiel in der Tat in einzelne sozialchauvinistische Parteien, die gegeneinander Krieg führten.

Die Führer der sozialistischen Parteien gingen, das Proletariat verratend, auf die Position des Sozialchauvinismus und der Verteidigung der imperialistischen Bourgeoisie über. Sie halfen den imperialistischen Regierungen, die Arbeiterklasse an der Nase herumzuführen und sie mit dem Gift des Nationalismus zu verseuchen. Diese Sozialverräter begannen unter der Flagge der Vaterlandsverteidigung die deutschen Arbeiter auf die französischen, und die englischen und französischen Arbeiter auf die deutschen zu hetzen. Nur eine unbedeutende Minderheit in der II. Internationale verblieb auf der Position des Internationalismus und wandte sich gegen den Strom, zwar nicht ganz sicher und nicht ganz entschieden, aber sie wandte sich immerhin gegen den Strom.

Nur die Partei der Bolschewiki erhob sofort und ohne Schwanken das Banner des entschlossenen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. In seinen im Herbst 1914 verfaßten Thesen über den Krieg wies Lenin darauf hin, daß der Zusammenbruch der II. Internationale kein Zufall war. Die II. Internationale wurde zugrunde gerichtet von den Opportunisten, gegen die die besten Vertreter des revolutionären Proletariats schon lange ihre warnende Stimme erhoben hatten.

Die Parteien der II. Internationale waren schon vor dem Kriege vom Opportunismus angesteckt. Die Opportunisten predigten offen den Verzicht auf den revolutionären Kampf, predigten die Theorie des „friedlichen Hineinwachsens des Kapitalismus in den Sozialismus". Die II. Internationale wollte nicht gegen den Opportunismus kämpfen, sie wollte mit ihm Frieden halten und gab ihm die Möglichkeit, sich zu festigen. Indem sie gegenüber dem Opportunismus eine versöhnlerische Politik betrieb, wurde die II. Internationale selbst opportunistisch.

Die imperialistische Bourgeoisie bestach systematisch mittels ihrer aus den Kolonien, aus der Ausbeutung rückständiger Länder gezogenen Profite, durch höhere Arbeitslöhne und andere Brosamen die Oberschicht der qualifizierten Arbeiter, die sogenannte Arbeiteraristokratie. Aus dieser Arbeiterschicht waren nicht wenige Führer der Gewerkschaften und Genossenschaften, Gemeindevertreter und Parlamentsabgeordnete, Journalisten und sozialdemokratische Parteibeamte hervorgegangen. Angesichts des Krieges wurden diese Leute, die ihre Stellung zu verlieren fürchteten, zu Gegnern der Revolution, zu eifrigsten Verteidigern ihrer Bourgeoisie, ihrer imperialistischen Regierungen.

Die Opportunisten wurden zu Sozialchauvinisten.

Die Sozialchauvinisten, darunter die russischen Menschewiki und Sozialrevolutionäre, predigten im eigenen Lande den *Klassenfrieden* der Arbeiter mit der Bourgeoisie und nach außen den Krieg gegen andere Völker. Sie täuschten die Massen über die wahren Kriegsschuldigen durch die Erklärung, daß die Bourgeoisie ihres Landes am Kriege nicht schuld sei. Viele Sozialchauvinisten wurden Minister in den imperialistischen Regierungen ihres Landes.

Nicht weniger gefährlich für die Sache des Proletariats waren die versteckten Sozialchauvinisten, die sogenannten Zentristen. Die Zentristen – Kautsky, Trotzki, Martow und andere – rechtfertigten und verteidigten die offenen Sozialchauvinisten und verrieten somit im Verein mit den Sozialchauvinisten das Proletariat, wobei sie ihren Verrat mit „linken", auf Betrug an der Arbeiterklasse berechneten Phrasen vom Kampf gegen den Krieg verschleierten. In der Tat unterstützten die Zentristen den Krieg, denn der Vorschlag der Zentristen, nicht gegen die Kriegskredite zu stimmen und sich bei der Abstimmung über die Kriegskredite auf Stimmenthaltung zu beschränken, bedeutete die Unterstützung des Krieges. Sie forderten ebenso wie die Sozialchauvinisten den Verzicht auf den Klassenkampf während des Krieges, um ihre imperialistische Regierung nicht an der Kriegführung zu behindern. Der Zentrist Trotzki war in allen wichtigen Fragen des Krieges und des Sozialismus gegen Lenin, gegen die bolschewistische Partei.

Lenin begann schon in den ersten Kriegstagen die Kräfte zur Schaffung einer neuen, der III. Internationale zu sammeln. Bereits in seinem Manifest gegen den Krieg vom November 1914 machte es sich das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei zur Aufgabe, an Stelle der schmählich zusammengebrochenen II. Internationale die III. Internationale zu schaffen.

Im Auftrag Lenins sprach im Februar 1915 Genosse Litwinow auf der Londoner Konferenz der Sozialisten der Ententeländer. Litwinow forderte den Austritt der Sozialisten (Vandervelde, Sembat, Guesde) aus den bürgerlichen Regierungen Belgiens und Frankreichs und den völligen Bruch mit den Imperialisten, den Verzicht auf Zusammenarbeit mit ihnen. Er verlangte von allen Sozialisten den entschiedenen Kampf gegen ihre imperialistischen Regierungen und die Verurteilung der Bewilligung der Kriegskredite. Aber Litwinows Stimme fand auf dieser Konferenz keinen Widerhall.

Anfang September 1915 versammelte sich in Zimmerwald die erste Konferenz der Internationalisten. Lenin bezeichnete diese Konferenz als „den ersten Schritt" in der Entwicklung der internationalen Bewegung gegen den Krieg. Auf dieser Konferenz wurde von Lenin die Zimmerwalder Linke gebildet. In dieser Zimmerwalder Linken nahm jedoch nur die Partei der Bolschewiki mit Lenin an der Spitze den einzig richtigen, bis zu Ende konsequenten Standpunkt gegen den Krieg ein: Die Zimmerwalder Linke gab in deutscher Sprache die Zeitschrift „Der Vorbote" heraus, worin Artikel Lenins veröffentlicht wurden.

Im Jahre 1916 gelang es, in dem Schweizer Dorf Kiental die zweite Konferenz der Internationalisten einzuberufen. Sie wird die zweite Zimmerwalder Konferenz genannt. Zu dieser Zeit hatten sich in fast allen Ländern Gruppen von Internationalisten herausgebildet, zeichnete sich die Abspaltung der internationalistischen Elemente von den Sozialchauvinisten schärfer ab. Die Hauptsache war aber, daß die Massen selber zu diesem Zeitpunkt unter dem Einfluß des Krieges und des durch ihn hervorgerufenen Unheils eine Linksentwicklung durchgemacht hatten. Das Kientaler Manifest wurde auf Grund einer Vereinbarung der verschiedenen Gruppen, die sich auf der Konferenz bekämpften, ausgearbeitet. Es war ein Schritt vorwärts im Vergleich mit dem Zimmerwalder Manifest.

Aber auch die Kientaler Konferenz nahm die leitenden Grundsätze der Politik der Bolschewiki nicht an: Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg; Niederlage der eigenen imperialistischen Regierungen im Kriege; Organisierung der III. Internationale. Nichtsdestoweniger trug die Kientaler Konferenz zur Auslese der internationalistischen Elemente bei, aus denen sich in der Folge die Kommunistische, die III. Internationale bildete.

Lenin kritisierte die Fehler der inkonsequenten Internationalisten, linker Sozialdemokraten wie Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, aber gleichzeitig half er ihnen, den richtigen Standpunkt einzunehmen.

3

Theorie und Taktik der bolschewistischen Partei in den Fragen des Krieges, des Friedens und der Revolution

Die Bolschewiki waren keine einfachen Pazifisten (Friedensanhänger), die rührselig nach Frieden seufzen und sich auf Friedenspropaganda beschränken, wie das die meisten linken Sozialdemokraten taten. Die Bolschewiki waren für einen aktiven revolutionären Kampf um den Frieden bis zum Sturz der Macht der kriegslüsternen imperialistischen Bourgeoisie. Die Bolschewiki verbanden die Sache des Friedens mit der Sache des Sieges der proletarischen Revolution; sie hielten für das sicherste Mittel zur Beendigung des Krieges und zur Erreichung eines gerechten Friedens, eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, den Sturz der Macht der imperialistischen Bourgeoisie.

Der menschewistischen und sozialrevolutionären Absage an die Revolution, der verräterischen Losung von der Einhaltung des „Burgfriedens" während des Krieges stellten die Bolschewiki die Losung der *„Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg"* entgegen. Diese Losung bedeutete, daß die Werktätigen, darunter die in den Soldatenrock gesteckten bewaffneten Arbeiter und Bauern, die

Gewehre gegen ihre eigene Bourgeoisie kehren und deren Macht stürzen müssen, wenn sie den Krieg loswerden und einen gerechten Frieden erreichen wollen.

Der menschewistischen und sozialrevolutionären Politik der Verteidigung des bürgerlichen Vaterlandes stellten die Bolschewiki die Politik der *„Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Kriege"* entgegen. Dies bedeutete, daß es notwendig ist, gegen die Kriegskredite zu stimmen, illegale revolutionäre Organisationen in der Armee zu schaffen, die Verbrüderung der Soldaten an der Front zu unterstützen und revolutionäre Aktionen der Arbeiter und Bauern gegen den Krieg zu organisieren, um diese Aktionen in den Aufstand gegen die eigene imperialistische Regierung überzuleiten.

Die Bolschewiki waren der Meinung, daß im imperialistischen Krieg die militärische Niederlage der zaristischen Regierung für das Volk das geringste Übel wäre, denn sie würde den Sieg des Volkes über den Zarismus und den erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse für die Befreiung von kapitalistischer Sklaverei und imperialistischen Kriegen erleichtern. Hierbei vertrat Lenin die Auffassung, daß die Politik der Niederlage der eigenen imperialistischen Regierung nicht nur von den russischen Revolutionären, sondern von den revolutionären Parteien der Arbeiterklasse *aller* kriegführenden Länder durchgeführt werden müsse.

Die Bolschewiki waren nicht gegen *jeden* Krieg. Sie waren nur gegen den Eroberungskrieg, gegen den imperialistischen Krieg. Die Bolschewiki waren der Meinung, daß es zwei Arten von Kriegen gibt:

a) einen *gerechten* Krieg, der kein Eroberungskrieg, sondern ein Befreiungskrieg ist, der das Ziel hat, entweder das Volk gegen einen äußeren Überfall und gegen Unterjochungsversuche zu verteidigen, oder das Ziel der Befreiung des Volkes von der Sklaverei des Kapitalismus, oder endlich das Ziel der Befreiung der Kolonien und abhängigen Länder vom Joche der Imperialisten, und

b) einen *ungerechten*, einen Eroberungskrieg, der das Ziel hat, fremde Länder zu erobern, fremde Völker zu versklaven.

Einen Krieg der ersten Art unterstützten die Bolschewiki. Was den Krieg der zweiten Art betrifft, so waren die Bolschewiki der Auffassung, daß man gegen ihn einen entschiedenen Kampf bis zur Revolution und bis zum Sturz der eigenen imperialistischen Regierung führen muß.

Gewaltige Bedeutung für die Arbeiterklasse der ganzen Welt hatten Lenins theoretische Arbeiten während der Kriegszeit. Im Frühjahr 1916 schrieb Lenin das Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus". Lenin zeigte in diesem Buch, daß der Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus ist, in welchem dieser bereits aus dem „fortschrittlichen" Kapitalismus umgeschlagen ist in den parasitären Kapitalismus, in den faulenden Kapitalismus, daß der Imperialismus sterbender Kapitalismus ist. Dies bedeutete natürlich nicht, daß der Kapitalismus von selbst absterben werde, ohne die Revolution des Proletariats, daß er, faul bis ins Mark, von selbst einstürzen werde. Lenin hat immer gelehrt, daß es ohne die Revolution der Arbeiterklasse unmöglich ist, den Kapitalismus zu stürzen. Darum wies Lenin, als er den Imperialismus als sterbenden Kapitalismus bezeichnete, in diesem Buche zugleich nach, daß der „Imperialismus der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats ist".

Lenin zeigte, daß das kapitalistische Joch in der Epoche des Imperialismus immer schwerer wird, daß unter den Bedingungen des Imperialismus die Empörung des Proletariats gegen die Grundlagen des Kapitalismus wächst, daß sich innerhalb der kapitalistischen Länder Elemente einer revolutionären Explosion anhäufen.

Lenin zeigte, daß sich in der Epoche des Imperialismus die revolutionäre Krise in den kolonialen und abhängigen Ländern verschärft, daß die Kräfte der Empörung gegen den Imperialismus, daß die Elemente des Befreiungskrieges gegen den Imperialismus anwachsen.

Lenin zeigte, daß sich unter den Bedingungen des Imperialismus die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung und die Widersprüche des Kapitalismus besonders verschärft haben, daß der Kampf um die Märkte für Warenabsatz und Kapitalausfuhr, der Kampf um Kolonien, um Rohstoffquellen – periodische imperialistische Kriege um eine Neuaufteilung der Welt unvermeidlich macht.

Lenin zeigte, daß es gerade infolge dieser Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus zu imperialistischen Kriegen kommt, die die Kräfte des Imperialismus schwächen und es möglich machen, die Front des Imperialismus an dem Punkt zu durchbrechen, der sich als der schwächste erweist.

Auf Grund von alledem kam Lenin zu der Schlußfolgerung, daß die Durchbrechung der imperialistischen Front durch das Proletariat an irgendeiner Stelle oder einigen Stellen durchaus möglich ist, daß der Sieg des Sozialismus ursprünglich in einigen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande *möglich* ist, daß der gleichzeitige Sieg des Sozialismus in allen Ländern infolge der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus in diesen Ländern – *unmöglich* ist, daß der Sozialismus vorerst in einem Lande oder einigen Ländern siegen wird, während die übrigen Länder für eine gewisse Zeit bürgerliche Länder bleiben werden.

Hier die Formulierung, die Lenin dieser genialen Schlußfolgerung in zwei verschiedenen, in der Periode des imperialistischen Krieges geschriebenen Artikeln gegeben hat:

> 1. „Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus ursprünglich in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach Enteignung der Kapitalisten und nach Organisierung der sozialistischen Produktion im eigenen Lande der übrigen, der kapitalistischen Welt *entgegenstellen* und würde die unterdrückten Klassen der anderen Länder auf seine Seite ziehen ..." (Aus dem Artikel „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa", geschrieben im August 1915.) (*Lenin*, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 753.)
>
> 2. „Die Entwicklung des Kapitalismus geht in den verschiedenen Ländern höchst ungleichmäßig vor sich. Anders kann es auch nicht sein bei der Warenproduktion. Daher die unumgängliche Schlußfolgerung: der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in *allen* Ländern siegen. Er wird vorerst in einem Lande oder einigen Ländern siegen, die übrigen aber werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben. Das muß nicht nur Reibungen hervorrufen, sondern auch das direkte Bestreben der Bourgeoisie anderer Länder, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates niederzuwerfen. In diesen Fällen wäre ein Krieg von unserer Seite rechtmäßig und gerecht. Dies wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung anderer Völker von der Bourgeoisie." (Aus dem Artikel „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution", geschrieben im Herbst 1916.) (*Lenin*, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 878.)

Das war eine *neue*, eine abgeschlossene Theorie der sozialistischen Revolution, eine Theorie von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einzelnen Ländern, von den Bedingungen seines Sieges, von den Perspektiven seines Sieges, eine Theorie, die Lenin in ihrem Grundriß schon im Jahre 1905 in der Broschüre „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" dargelegt hatte.

Sie unterschied sich von Grund aus von der Konzeption, die bei den Marxisten in der Periode des *vorimperialistischen* Kapitalismus im Schwange war, als die Marxisten der Meinung waren, daß der Sieg des Sozialismus in irgendeinem einzelnen Lande unmöglich sei, daß der Sieg des Sozialismus in allen zivilisierten Ländern gleichzeitig erfolgen werde. Lenin hat auf Grund der vorhandenen Daten über den *imperialistischen* Kapitalismus, die er in seinem vortrefflichen Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" darlegte, diese Konzeption als veraltet verworfen, sie umgekehrt, und eine neue theoretische Konzeption aufgestellt, die den gleichzeitigen Sieg des Sozialismus in allen Ländern als *unmöglich* ansieht, den Sieg des Sozialismus in einem einzeln genommenen kapitalistischen Lande hingegen als *möglich* anerkennt.

Die unabschätzbare Bedeutung der Leninschen Theorie der sozialistischen Revolution besteht nicht nur darin, daß sie den Marxismus um eine neue Theorie bereichert und ihn weitergeführt hat. Ihre Bedeutung besteht auch noch darin, daß sie den Proletariern der einzelnen Länder eine revolutionäre Perspektive gibt, ihre Initiative für den Ansturm gegen die eigene nationale Bourgeoisie auslöst, sie lehrt, die Kriegssituation zur Organisierung eines solchen Ansturms auszunutzen, und ihren Glauben an den Sieg der proletarischen Revolution festigt.

Das war die theoretische und taktische Einstellung der Bolschewiki zu den Fragen des Krieges, des Friedens und der Revolution.

Auf Grund dieser Einstellung führten die Bolschewiki ihre praktische Arbeit in Rußland durch. ●

VOM ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF

Das nachstehend abgedruckte Flugblatt verteilte die MLPÖ anläßlich Bothas "Besuch" im Juni 1984 in Wien.

Ein weiterer Beitrag zu "Demokratie", "Humanismus" und "Menschenrechten":

"SOZIALISTISCHER" BUNDESKANZLER SINOWATZ EMPFÄNGT RASSISTENHÄUPTLING !

ZUSAMMENROTTUNG SÜDAFRIKANISCHER RASSISTEN"BOTSCHAFTER" UNTER DEN FITTICHEN DER "FREIHEITLICH-SOZIALISTISCHEN" BUNDESREGIERUNG !

TOD DEM SÜDAFRIKANISCHEN RASSISTEN-REGIME !

TOD DEM ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISMUS !

Wie oft haben die Patentdemokraten vom Ballhausplatz schon das Apartheits-Regime in Südafrika "verurteilt", zu wie vielen Resolutionen der UNO gegen die Apartheid haben sie schon ihre Zustimmung gegeben ?! - Nun heißen sie den "Ministerpräsidenten" eben jenes Rassisten-Regimes willkommen !

Der "Besuch" des Rassistenpräsidenten und das Stelldichein eines ganzen Haufens südafrikanischer "Botschafter" in Wien zeigt einmal mehr, was von dem ganzen Geschwätz von "Humanismus" und "Menschenrechten" wirklich zu halten ist: Es ist durch und durch verlogen und dient lediglich zur demagogischen Bemäntelung der imperialistischen Politik der Sachwalter des österreichischen Finanzkapitals !

- In Wahrheit ist das Handeln der österreichischen Imperialisten - wie das aller Imperialisten - nur von e i n e m Grundprinzip bestimmt: dem Streben nach Maximalprofit, der unersättlichen Gier, nicht nur aus der eigenen Arbeiterklasse und den werktätigen Massen des eigenen Landes, sondern auch aus den unterjochten Völkern der Welt und den arbeitenden Massen anderer Länder ein Maximum an Profit herauszupressen.

Der Profit steht über allem und es ist so, wie Karl Marx über die Profitgier des Kapitals anführt: "für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert". ("Das Kapital", Marx-Engels-Werke Band 23, S.788). Der österreichischen Bourgeoisie ist es ganz egal, wieviel Blut an jedem ihres "verdienten" Schillings klebt denn sie kennt nur eine Moral: die Moral der Profitmaximierung. Aus der Sicht einer Klasse, die nicht existieren kann, ohne tagtäglich die eigene Arbeiterklasse auszupressen und den Völkern das Blut aus den Adern zu saugen, also eine ganz klare Sache: Der blutbesudelte südafrikanische Rassistenhäuptling muß empfangen werden, wenn sich sein "Besuch" direkt oder indirekt in klingende Münze verwandeln läßt !

Daß der Botha-Besuch von "besorgtem" Phrasengeklingel über das Schicksal der "Menschenrechte" in Südafrika begleitet wird, ist äußerst zynisch. Die österreichischen Imperialisten selbst sind es, die vom Bestehen des südafrikanischen Rassisten-Regimes hervorragend profitieren und sich vom Blut und vom Schweiß der geknechteten Völker Südafrikas mästen. Ihr innigster Wunsch ist, daß dieses Ausbeutungsparadies, in dem es für die als "Menschen zweiter Klasse" behandelten schwarzen Massen kein Streikrecht, keine Versammlungs- und Organisationsfreiheit gibt und in deren Ohren allein schon der Begriff "Menschenrechte" wie böser Hohn klingt, auf ewige Zeiten erhalten bleibt. Ihnen geht es tatsächlich nur darum, daß die Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Massen, besonders der völlig rechtlosen schwarzen Völker, reibungslos und effektiv gewährleistet ist.

Wenn sich diese "Menschenrechts"-Pharisäer bisweilen dennoch gegen das Apartheits-Regime in Südafrika aussprechen, dann nur aus einem Grund: Sie fürchten, daß eine solch "überholte" und sonst nirgends mehr auf der Welt bestehende Form menschlicher Erniedrigung, wie sie das Apartheitssystem in Südafrika darstellt, auf die Dauer nicht geeignet ist, die unterjochten schwarzen Völker Südafrikas niederzuhalten. Ihrer Meinung nach dienen "differenziertere" Herrschaftsmethoden, darunter eine "Modernisierung" des Apartheits-Regimes, auf längere Sicht besser der "gemeinsamen Sache" der österreichischen Imperialisten und der südafrikanischen Rassisten.

Nur scheinbar im Widerspruch dazu steht, daß sich die Sachwalter des österreichischen Finanzkapitals zugleich als "Freunde der Befreiungsbewegungen" im südlichen Afrika aufspielen, Kontakte zu Oppositionsparteien und Organisationen knüpfen und pflegen, die gegen das gegenwärtige Apartheits-Regime kämpfen. Das ist nur die zweite Seite ein und derselben Medaille.

Diese scheinbar so "zwiespältige" Haltung wird tatsächlich ebenfalls von den imperialistischen Profitinteressen des österreichischen Finanzkapitals diktiert. Die österreichischen Imperialisten wissen, daß es angesichts der "unsicheren Lage" im südlichen Afrika in ihrem Interesse liegt, zwei Eisen ins Feuer zu halten, um unter allen Umständen ihre Einflußsphären für Kapitalexport, Absatzmärkte und Rohstoffgewinnung sichern und erhalten zu können. Selbstverständlich unterstützen sie zu diesem Zweck von vornherein keine wirklich revolutionären Befreiungsorganisationen, sondern nur solche Oppositionsbewegungen, deren Ziele nicht über den für die österreichischen Imperialisten annehmbaren Rahmen hinausgehen und sich vor den schmutzigen Karren des österreichischen Finanzkapitals spannen lassen.

- Das ist die diabolische Doppeltaktik der österreichischen Imperialisten, deren b e i d e Seiten sich g e g e n den revolutionären Befreiungskampf der unterjochten schwarzen Völker im südlichen Afrika und überall auf der Welt richten !

Die Veranstalter der Demonstration "Nein zum Botha-Besuch - Boykott der Apartheit !" unterstützen im Grunde diese reaktionäre Doppeltaktik ! Denn erstens vertuschen sie vollkommen die imperialistische Politik des österreichischen Monopolkapitals und zweitens sind sie gegen die revolutionäre Zerschlagung des südafrikanischen Rassisten-Regimes. Wenn die reaktionären SPÖ-"Sozialisten", KPÖ-Revisionisten, GRM-Trotzkisten und andere in ihrem gemeinsamen Flugblatt schreiben: "Apartheit ist nicht reformierbar, - s o l a n g e...", so erwecken sie demagogisch den Anschein, als ob irgendeine "Reform" des verdammten Apartheit-Regimes für die schwarzen Völker Südafrikas ein Ausweg sei. Eine "Reform" des Apartheit-Regimes ist aber höchstens für die südafrikanischen Rassisten und die mit ihnen im Bunde stehenden Imperialisten ein zeitweiliger "Ausweg", um die Grundsäulen ihres Ausbeutersystems vor dem Ansturm der bis auf die Knochen geschundenen und gemarterten schwarzen Völker des südlichen Afrikas zu retten !

Die bestialisch unterdrückten schwarzen Völker im südlichen Afrika, die sich immer wieder zur bewaffneten Rebellion gegen ihre weißen rassistischen Unterdrücker erhoben haben, werden sich auch nicht mit einer "reformierten" Form dieser Ausgeburt des internationalen Imperialismus nicht abfinden. Unter Führung ihres Proletariats, mit wirklichen Marxisten-Leninisten an der Spitze, werden sie in der REVOLUTION, im REVOLUTIONÄREN BEFREIUNGSKRIEG die völkerversklavende und mordende Hydra, die den Süden Afrikas umschlungen hält, restlos zerschmettern.



Unsere LESER haben das Wort:

Zwei Leserbriefe zur RF 210:
"Die bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus hervor !"

Liebe Freunde !

Ich möchte heute die Gelegenheit dazu nützen, einige persönliche Gedanken zum Thema "Die bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus hervor", das in der RF Nr.210 behandelt wurde, zu äussern.

Dieser Artikel erscheint mir deshalb von besonderer Bedeutung, da gerade heute - in einer Zeit der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und damit natürlich unmittelbar verbunden einer Zuspitzung der Klassenwidersprüche - nicht nur das verstärkte Auftreten von neofaschistischen Gruppierungen, sondern auch die zunehmende Faschisierung des Staatsapparates zu bemerken ist.

In diesem Kontext erscheint es besonders wichtig, allen reformistischen bzw. revisionistischen Strömungen energisch entgegenzutreten und den Zusammenhang der kapitalistischen Herrschaftsform der bürgerlichen Demokratie mit jener des Faschismus herauszuarbeiten. Als eine der krassesten Formen von politischem Unvermögen ist wohl jene Einschätzung der GRM-Trotzkisten in ihrer Zeitung "die linke" zu werten, die ihr auf S.34 der RF 210 zitiert. Um eine derartige Einschätzung, nämlich "staatliche Repression" als einen "Teilbereich des antifaschistischen Kampfes" anzusehen, allen Ernstes vertreten zu können, bedarf es entweder einer gehörigen Portion an politischer Naivität, oder aber einer bewußt konterrevolutionären Einstellung. Ich stimme daher mit Eurer Einschätzung vollkommen überein, daß ein wirklich antifaschistischer Kampf unmittelbar einhergehen muß mit der Entlarvung der schädlichen Positionen der Reformisten bzw. Revisionisten.

Ich möchte nun noch anhand einiger Beispiele, die sicherlich keine Einzelfälle darstellen, ausführen, was von der bürgerlichen Demokratie zu halten ist.*

Ein Beispiel für die zunehmende Faschisierung des Staatsapparates ist sicherlich im Vorgehen gegen den "Schwarzhörer" zu sehen. Es handelt sich hierbei um eine - nach Eigendefinition - alternative linke Telefonzeitung. Ich möchte an dieser Stelle nicht näher auf den Charakter des "Schwarzhörers" eingehen, da es in diesem Zusammenhang ja nicht von sonderlicher Bedeutung ist. Jedenfalls erhielt der "Schwarzhörer" vor einigen Tagen ein Schreiben der Post- und Telegraphenverwaltung, in welchem - unter Hinweis auf eine Intervention der Bundespolizeidirektion Wien - er aufgefordert wird, Berichte wie sie beispielsweise am 1.November 1983, 25.Dezember 1983 sowie 3.Jänner 1984 gebracht worden sind, in Zukunft zu unterlassen, widrigenfalls hätte der "Schwarzhörer" mit Sanktionen zu rechnen, was letztendlich das Abdrehen der Anschlüsse bedeuten würde. Die Post beruft sich dabei auf den § 39 der laut Bundesgesetz vom 5.Juli 1972 BGBl 267 auf Gesetzesstufe stehenden Fernsprechordnung. In diesem § 39 (Absatz 2) heißt es: "Der Fernsprechteilnehmer hat dafür zu sorgen, daß ein Mißbrauch der Teilnehmereinrichtungen durch ihn oder andere unterbleibt. Mißbrauch ist jede Benützung zu Mitteilungen, die die Sicherheit oder die Wirtschaftsinteressen des Bundes oder eines Landes gefährden, gegen die Gesetze, die öffentliche Ordnung oder die Sittlichkeit verstoßen, sowie die Belästigung anderer Fernsprechteilnehmer durch wiederholte anonyme Anrufe". (Bei den inkriminierten Berichten handelte es sich unter anderem darum, daß der "Schwarzhörer" - anläßlich der Tariferhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln - dazu aufforderte, die Fahrscheinentwerter in den Straßenbahnen zu überkleben und auf diese Weise den Protest gegen die Erhöhungen zum Ausdruck zu bringen.)

Der oben zitierte Gesetzestext zeigt klar, wie die so hoch gepriesene Meinungsfreiheit in der bürgerlichen Demokratie zu verstehen ist. Sie findet augenscheinlich dort ein Ende, wo die Interessen der Herrschenden berührt werden.

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich zu eurem Artikel in der RF 210 anmerken, daß ich mit der wirklich umfassenden und tiefgehenden Analyse, wie sie hier getroffen wird, voll und ganz übereinstimme. Als einzigen Kritikpunkt möchte ich bloß vermerken, daß es meiner Meinung nach schon von großer Wichtigkeit wäre, sich mit den neuen Instrumentarien und Möglichkeiten der Herrschaftsausübung, die sich durch die Entwicklung neuer Technologien ergeben, wie zum Beispiel den Ausbau der Kontrollmöglichkeiten durch computermäßige Erfassung von Daten, Überwachung durch Videokameras usw., zu beschäftigen.

Mit revolutionären Grüßen S.St.

* Im Einvernehmen mit dem Verfasser des Leserbriefes haben wir jene von ihm angeführten Beispiele weggelassen, die sich auf den 50.Jahrestag des 12.Februar und die Provokation im Karl-Marx-Hof beziehen, da sie sich inhaltlich weitgehend mit dem decken, was die RF in ihrer Nummer 212 zu diesem Thema geschrieben hat. (Anmerkung der Redaktion.)

Anmerkung der RF-Redaktion:

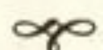
Wir stimmen dem Leserbriefschreiber zu, daß es notwendig ist, sich mit den neuen Instrumentarien und Möglichkeiten auseinanderzusetzen, deren sich der bürgerliche Staat zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung bedient. Dabei muß man sich von zwei falschen Haltungen abgrenzen: Zum einen die leichtfertige und im Grunde legalistische Haltung, die Entwicklungen auf diesem Gebiet unbeachtet zu lassen; zum anderen die panikhafte Haltung, die es so erscheinen läßt, als ob die herrschende Bourgeoisie mit neuen Überwachungs- und Kontrolltechnologien nun endgültig "alles im Griff" habe, so daß Widerstand und erfolgreicher revolutionärer Klassenkampf "aussichtslos" sei.

Dagegen müssen die Revolutionäre, besonders die Marxisten-Leninisten, mit wirklich ernster und wissenschaftlicher Einstellung planvoll und mit kühlem Kopf an diese Frage herangehen.

Vor allem muß aber betont werden, daß dieser Fragenkomplex in erster Linie keine rein technische Angelegenheit ist, sondern eine prinzipielle ideologische und politische Frage zur Grundlage hat: die Frage des Verhältnisses zur bürgerlichen Legalität, die Frage der Prinzipien der Verbindung von legaler und illegaler Arbeit bei Sicherung der Vorrangigkeit "verdeckter" Tätigkeit, die Frage des Verhältnisses von der Herstellung und Sicherung enger Massenverbindungen einerseits und der Wahrung des konspirativen Charakters von Kernbereichen der Organisation andererseits usw.usf.

Zu diesem ideologisch-politischen Fragenkomplex muß der Marxismus-Leninismus tiefgehend studiert und die Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung umfassend ausgewertet werden. Auf dieser Basis und nur auf dieser Basis werden wir auch mit einigen neuen Entwicklungen fertig werden, die an den Grundfragen des Klassenkampfes des Proletariats nichts ändern.

Wir sind einverstanden, daß in der RF Nr.210 in dem Abschnitt "Gegen den 'antifaschistischen' Legalismus den konsequenten antifaschistischen Massenkampf propagieren und organisieren !" (S.38-40) eine Fußnote über die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit neuen "Technologien" der Herrschaftsausübung der Bourgeoisie im Rahmen und auf der Grundlage der letztgenannten ideologischen und politischen Aufgabenstellung sinnvoll gewesen wäre.



★

Liebe Genossinnen und Genossen !

In der "Roten Fahne" Nr.210 "Die bürgerliche Demokratie bringt den Faschismus hervor" schreibt Ihr von der noch offenen Aufgabe, den antifaschistischen Kampf der Kommunistischen Internationale zu analysieren. Ich schicke Euch darüber einen kleinen Beitrag, der auf die Verbotsforderung von faschistischen Gruppen im antifaschistischen Kampf der Komintern eingeht. Bei diesem Beitrag handelt es sich um erste Überlegungen nach einer kurzen Diskussion.

Die "Rote Fahne" kennzeichnet die Politik der Revisionisten und Trotzkisten richtig: "Die Faschisten 'verbieten' ? - Eine irreführende und legalistische Forderung, die vom Wesen des Problems ablenkt" (S.33). Sie entlarvt die Revisionisten und Trotzkisten, die statt eines antifaschistischen Kampfes eine "Propaganda für die kapitalistische Legalität und den imperialistischen Staat" (S.34) betreiben und stellt dabei heraus, "daß der bürgerliche Staatsapparat in einer Front mit den Faschisten steht" (S.35).

Die Revisionisten versuchen ihre Theorie und Praxis der Verharmlosung des imperialistischen Staates demagogisch zu rechtfertigen und dafür ist ihnen jedes Mittel recht. Sei es die Verfälschung der Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus oder das Spekulieren mit der Politik der KI. Es wäre noch genau zu prüfen, wie sie damit spekulieren, insbesondere mit der Rede von Dimitroff auf dem VII.Weltkongreß, in der er auch die Frage des Verbots von faschistischen Gruppen anspricht.

Man muß Dimitroffs Referat auf dem VII.Weltkongreß der Komintern im Jahre 1935 nur genau lesen, um festzustellen, daß die Propaganda der Revisionisten und Trotzkisten den Auffassungen Dimitroffs völlig entgegengesetzt sind.

Zunächst muß man sich vergegenwärtigen, von welchen grundlegenden Voraussetzungen Dimitroff ausgeht, in welchem Rahmen er die Frage aufwirft. Dimitroff erwähnt die Frage der Verhaftung faschistischer Führer, des Verbots ihrer Presse usw. als einen Unterpunkt bei der Frage, ob in Deutschland 1933 "der Sieg des Faschismus unvermeidlich war". Und er geht von den folgenden Grundsätzen aus, von denen die Verhinderung des Sieges des Faschismus abhängt, nämlich:

1. "der Kampfaktivität der Arbeiterklasse selbst..., vom Zusammenschluß ihrer Kräfte zu einer einheitlichen, gegen die Offensive des Kapitals und Faschismus kämpfenden Armee";
2. "von dem Vorhandensein einer starken revolutionären Partei";
3. "von der richtigen Politik der Arbeiterklasse gegenüber der Bauernschaft und den städtischen kleinbürgerlichen Massen";
4. "von der Wachsamkeit und den rechtzeitigen Aktionen des revolutionären Proletariats". (Dimitroff, Protokoll des VII.Weltkongresses der Komintern, Bd.I, S.332)

Unter diesem Blickwinkel geht Dimitroff auf die Frage der Verhinderung des Faschismus in Deutschland 1933 konkret ein:

"War der Sieg des Faschismus in D e u t s c h l a n d unvermeidlich ? Nein, die deutsche Arbeiterklasse hätte ihn verhindern können. Aber dazu hätte sie die Herstellung der antifaschistischen proletarischen Einheitsfront durchsetzen, die Führer der Sozialdemokratie zwingen müssen, den Feldzug gegen die Kommunisten einzustellen und die wiederholten Angebote der Kommunistischen Partei über die Aktionseinheit gegen den Faschismus anzunehmen.

Sie hätte bei dem Angriff des Faschismus und bei der allmählichen Liquidierung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten durch die Bourgeoisie sich nicht mit den schönen Resolutionen der Sozialdemokratie zufrieden geben dürfen, sondern hätte mit einem wirklichen Massenkampf antworten müssen, der die faschistischen Pläne der deutschen Bourgeoisie erschwerte.

Sie hätte nicht das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch die Regierung Braun-Severing zulassen dürfen, sondern hätte zwischen dem Roten Frontkämpferbund und dem fast eine Million zählenden Reichsbanner einen Kampfkontakt herstellen und Braun und Severing zwingen müssen, sowohl den einen als auch den anderen zur Abwehr und Zerschlagung der faschistischen Banden zu bewaffnen.

Sie hätte die Führer der Sozialdemokratie, die an der Spitze der Regierung in Preußen standen, zwingen müssen, Verteidigungsmaßnahmen gegen den Faschismus zu ergreifen, die faschistischen Führer zu verhaften, ihre Presse zu verbieten, ihre materiellen Mittel sowie die Mittel der Kapitalisten, die die faschistische Bewegung subsidierten, zu konfiszieren, die faschistischen Organisationen aufzulösen, ihnen die Waffen abzunehmen usw.

Weiter hätte sie es durchsetzen müssen, daß alle Arten von Sozialleistungen wiederhergestellt und erweitert werden, daß ein Moratorium und eine Krisenbeihilfe für die unter dem Einfluß der Krise ruinierten Bauern eingeführt werden, und zwar durch Besteuerung der Banken und der Trusts, um sich auf diese Weise die Unterstützung der werktätigen Bauernschaft zu sichern. Das wurde nicht getan, und schuld daran war die Sozialdemokratie Deutschlands; deshalb konnte der Faschismus siegen." (Ebenda, S.329)

Klar ist, daß die Grundsätze, der Stellenwert und das Herangehen an die Forderung, die faschistischen Führer zu verhaften usw., ganz den revisionistisch-legalistischen Forderungen entgegengesetzt sind.

Wird eine solche Forderung unter den h e u t i g e n Bedingungen in solchen Ländern wie Österreich oder Westdeutschland aufgestellt, so kann sie nur reformistisch erhoben werden - die Ausgangslage, auf der Dimitroff aufbaut, setzt eine starke revolutionäre Partei und ein kämpferisches Proletariat voraus. Heute würden solche Forderungen in solchen Ländern in jedem Fall legalistische Illusionen schüren.

Mit kommunistischen Grüßen

ein Freund aus Westdeutschland



Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 210 — 2. Ausgabe 1983 — Preis S 28.-

DIE BÜRGERLICHE DEMOKRATIE BRINGT DEN FASCHISMUS HERVOR!

Noch vor der Konstituierung der ungeachtet ihres Namens ebensowenig sozialistischen wie freiheitlichen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ nach den Nationalratswahlen im April 1983 hat besonders eine "Affäre" in der politischen Öffentlichkeit Österreichs einen - allerdings rasch vorübergehenden - "Wirbel" verursacht: Gemäß dem hinter den Kulissen ausgeschacherten "Koalitionspakt" zwischen SPÖ und FPÖ sollte kein anderer als der berüchtigte SS-Peter zum 3.Nationalratspräsidenten bestellt werden.

Wer SS-Peter ist, dürfte hinlänglich bekannt sein. Peter gehörte als "SS-Obersturmführer" einer SS-Mordbrigade an, die während des 2.Weltkriegs in den faschistisch besetzten Gebieten Rußlands, im "Hinterland" der hitlerfaschistischen Aggression nur einer einzi-

Aus dem Inhalt

Leserbrief über die reaktionäre Rolle der "Islamischen Parteien" in Afghanistan

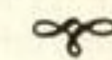
Den nachfolgenden Brief schickte uns ein Freund, Mitglied der Union der Afghanen und afghanischen Studenten in Wien (Mitglied der GUAFS), der vor einiger Zeit eine Reise nach Afghanistan und Pakistan unternommen hatte.

Der Brief illustriert, unter welchen komplizierten Bedingungen sich die wirklich gerechte Befreiungsbewegung der Völker Afghanistans entwickeln muß, die nicht nur unter dem ständigen Feuer ihrer gegenwärtigen Hauptfeinde, der russischen Sozialimperialisten und ihrer afghanischen Lakaien, steht, sondern auch den dauernden Schlägen seitens der konterrevolutionären "islamischen" Parteien ausgesetzt ist, deren Ziel keineswegs die Errichtung eines wirklich demokratischen und unabhängigen Afghanistans ist, sondern die blosse Ersetzung der Abhängigkeit von den russischen Sozialimperialisten durch eine von den westlichen Imperialisten, die bloße Ersetzung des faschistischen Regimes der gegenwärtigen Machthaber in Kabul durch ein ebenso faschistisches Regime à la Khomeinis "Islamische Republik". Diese Gefahr darf gewiß nicht unterschätzt werden.

Wir meinen, daß die in dem Bericht genannten Schwierigkeiten der Widerstandsbewegung in Afghanistan gerade auf die unbedingte Notwendigkeit einer wirklich revolutionären Führung des antifeudalen und antiimperialistischen Befreiungskampfes in Afghanistan hinweisen, die Notwendigkeit der Führung der demokratischen Revolution und des revolutionären Befreiungskriegs für ihre Ziele durch das Proletariat Afghanistans. Diese Führung kann nur durch eine wirklich marxistisch-leninistische Partei erkämpft werden, die sich von den unsterblichen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin leiten läßt.

Wir wissen, welche ungeheuren und scheinbar unüberwindlichen Hindernisse sich heute dem Aufbau einer echten kommunistischen Partei in Afghanistan entgegenstellen. Doch ebenso wissen wir, daß ohne eine solche Partei als zielklare Führerin des revolutionären nationalen Befreiungskriegs in Afghanistan die Früchte des heroischen Kampfes der Völker Afghanistans unvermeidlich verloren gehen, von den Blutsaugern der Arbeiter und Bauern, den reaktionären Bedrückern der Volksmassen, den Feudalherren und Kompradoren der Imperialisten, usurpiert werden und an ein Vorwärtsschreiten zur sozialistischen Revolution nach dem Sieg der demokratischen Revolution gar nicht zu denken ist. Von dieser wirklich entscheidenden Erkenntnis ist auch unsere proletarische Solidarität mit dem gerechten Befreiungskampf der Völker Afghanistans bestimmt.







Liebe Freunde !

Der gerechte Kampf der Völker Afghanistans ist sehr schwer und kompliziert. Ihnen steht mit den russischen Sozialimperialisten und deren Handlanger-Regime in Kabul ein starker und mit modernsten Mitteln ausgerüsteter Feind gegenüber, der gegenwärtig ihr Hauptfeind ist. Doch in den mehr als vier Jahren seit der direkten Intervention der russischen Sozialimperialisten ist kein Tag vergangen, an dem die Volksmassen unseres Landes nicht energischen Widerstand, besonders bewaffneten Widerstand,gegen die russischen Aggressoren geleistet haben. Um sich an der Macht zu halten, sind die russischen Okkupanten und das von ihnen abhängige Regime in Kabul ständig auf barbarischen Terror, Massaker, Folter und Verbrechen angewiesen - und dennoch ist es ihnen bis heute nicht gelungen, das ganze Land unter ihre Kontrolle zu bringen.

Die Völker Afghanistans haben es in ihrem Befreiungskampf allerdings unmittelbar noch mit weiteren Feinden zu tun. Ich meine damit vor allem die reaktionären "islamischen" Parteien, über deren konterrevolutionäre Rolle und Handlungen ich einige Informationen geben möchte.

Die außerhalb des Landes existierenden islamischen Gruppierungen haben ihr Hauptquartier in Peshawar in Pakistan und sind vollständig von der finanziellen Hilfe der westlichen Imperialisten, der heutigen reaktionären Machthaber in China und der reaktionären islamischen Staaten abhängig. Es gibt insgesamt sechs islamische Parteien. Die beiden größten sind die "Hzbi Islami" unter der Führung von Hekmatjar und die "Harakat Islami" unter Maulawi Kales. Diese Parteien versuchen mit allen Mitteln, sich für die Öffentlichkeit als die "legitimen" Vertreter des afghanischen Widerstands zu präsentieren.

In Wirklichkeit fügen sie dem gerechten Kampf unserer Völker gewaltigen Schaden zu. Die sozialimperialistischen Okkupanten und ihre Marionetten in Kabul können mit Hinweis auf den reaktionären Charakter der Exilparteien den ganzen Widerstand in Afghanistan als rückschrittlich abtun und verunglimpfen. Andererseits bekämpfen die reaktionären islamischen Gruppierungen mit allen Mitteln das Entstehen einer breiten gemeinsamen Front aller wirklich fortschrittlichen und revolutionären Kräfte.

Die reaktionären islamischen Gruppen richten ihr Hauptaugenmerk auf die Opposition. Mit allen Mitteln versuchen sie, jegliche fortschrittliche oppositionelle Regung zu verfolgen und zu liquidieren. Dabei machen sie keinen Unterschied zwischen linken Organisationen und Intellektuellen, die sie generell "verdächtigen" - alle ihnen nicht "gehorchenden" Leute sind ihren terroristischen Maßnahmen ausgesetzt.

In Pakistan verfügen sie über eigene Gefängnisse, die zur Unterdrückung aller ihnen gefährlich erscheinenden Personen dienen. Jugendliche, Linke, Arbeiter, Bauern oder Intellektuelle und überhaupt alle diejenigen, die aus Afghanistan flüchten konnten, um sich Widerstandsgruppen anzuschließen und für die Freiheit ihres Landes zu kämpfen, werden verfolgt und in diesen Gefängnissen versuchen sie unter Anwendung von Foltermaßnahmen Aussagen zu erzwingen ! Nur eine bestandene islamische "Rechtsprüfung" kann wieder zur Freiheit verhelfen - ist dies aber nicht der Fall, erfährt man nichts mehr von den Betreffenden, sie sind verschwunden. Dennoch weiß man, was mit ihnen geschieht - nicht selten werden des nachts Leichen einfach auf die Straße geworfen. Dieses Vorgehen hat sogar die pakistanische Regierung zu einer öffentlichen "Kritik" in Zeitungen veranlaßt. Im allgemeinen jedoch haben die islamischen Exilparteien in Pakistan freie Hand, da die faschistische Militärdiktatur dieses Landes vor allem an dem finanziellen Nutzen interessiert ist, den sie aus der "Hilfe" der westlichen Imperialisten für afghanische Flüchtlinge ziehen kann.

Die Waffenlieferungen aus imperialistischer Hand werden von den islami-